

Statistische Analysen und Studien Nordrhein-Westfalen

Band 48

Impressum

Herausgeber :
Landesamt für Datenverarbeitung
und Statistik Nordrhein-Westfalen

Redaktion:
Bianca Oswald, Hans Lohmann

Preis der gedruckten Ausgabe: 3,00 EUR
Eine kostenlose PDF-Version dieser
Ausgabe finden Sie zum Download
im Webshop des LDS NRW.

Erscheinungsfolge: unregelmäßig

Bestellungen nehmen entgegen:

das Landesamt für Datenverarbeitung
und Statistik NRW,
Postfach 10 11 05,
40002 Düsseldorf,
Mauerstraße 51,
40476 Düsseldorf
Telefon: 0211 9449-2172/3516
Telefax: 0211 442006
Internet: <http://www.lds.nrw.de>
E-Mail: poststelle@lds.nrw.de

sowie der Buchhandel.

Pressestelle:
0211 9449-2521/2518

Zentraler Informationsdienst:
0211 9449-2495/2525

© Landesamt für Datenverarbeitung
und Statistik NRW, Düsseldorf, 2007

Vervielfältigung und Verbreitung,
auch auszugsweise, mit Quellenangabe
gestattet.

Bestell-Nr. Z 08 1 2007 59

ISSN 1619-506X

Inhalt

LEBEN IN EUROPA 2005: Armutsgefährdung und Lebensbedingungen in NRW Diplom-Sozialwissenschaftlerin Karin Habenicht	3
Neue Zuwanderergruppen in NRW – sozialstrukturelle Merkmale und Arbeitsmarktintegration Dr. Wolfgang Seifert	16
Index	28

Zeichenerklärung

(nach DIN 55 301)

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden (genau null)
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- . . . Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor
- () Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
- / keine Angabe, da der Zahlenwert nicht sicher genug ist
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl

Abweichungen in den Summen erklären sich aus dem Runden der Einzelwerte.

LEBEN IN EUROPA 2005: Armutsgefährdung und Lebensbedingungen in NRW

Diplom-Sozialwissenschaftlerin Karin Habenicht

LEBEN IN EUROPA ist die in Deutschland verwendete Bezeichnung für eine neue europäische Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen privater Haushalte. Der offizielle Name dieser Erhebung, die im Jahr 2005 erstmals in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie in Norwegen und in Island durchgeführt wurde, lautet EU-SILC (Statistics on Income and Living Conditions). Zielsetzung von LEBEN IN EUROPA ist es, aktuelle, verlässliche und vergleichbare Daten über die Einkommenssituation und die Lebensverhältnisse der Bevölkerung in den Mitgliedstaaten der EU zu gewinnen. Auf Basis dieser Daten werden Indikatoren zur Messung von Armut und sozialer Ausgrenzung berechnet, die dazu dienen sollen, die Fortschritte der Bekämpfung der Armut in der Europäischen Union zu messen. LEBEN IN EUROPA ist somit eine wichtige Grundlage für die Europäische Sozialstatistik.

Der vorliegende Beitrag stellt die wesentlichen Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA 2005 für Nordrhein-Westfalen vor. Neben Auswertungen zur Einkommensverteilung werden Armutsgefährdungsquoten nach sozialstrukturellen Merkmalen vorgestellt sowie die Lage von armutsgefährdeten und nicht armutsgefährdeten Haushalten und Personen in den zentralen Lebensbereichen Wohnsituation, finanzielle Probleme im Alltag sowie Gesundheitszustand und Gesundheitsversorgung verglichen.

1 Basisinformationen zur Erhebung

Mit der Erhebung LEBEN IN EUROPA steht erstmals eine Datenquelle zur Verfügung, die jährlich europaweit vergleichbare Daten zu Einkommens- und Lebensverhältnissen der Bevölkerung ermittelt. LEBEN IN EUROPA basiert auf einer Rahmenverordnung des Europäischen Parlaments und des Rates aus dem Jahr 2003¹⁾. Um eine möglichst hohe internationale Vergleichbarkeit der erhobenen Daten sicherzustellen, legt darüber hinaus eine Reihe von Durchführungsverordnungen nicht nur die zu erhebenden Merkmale, sondern auch verbindliche Mindeststandards für die Durchführung der Erhebung sowie die Datenqualität fest. Befragt werden ausschließlich Personen in privaten Haushalten, somit werden Personen, die in Gemeinschaftsunterkünften (z. B. Wohn- und Pflegeheime, Justizvollzugsanstalten) leben, nicht in die Befragung einbezogen. Die Teilnahme an LEBEN IN EUROPA ist freiwillig.

1) Verordnung (EG) Nr. 1177/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Juni 2003 für die Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC)

Hauptbestandteil des Erhebungsprogramms ist eine detaillierte Erfassung der Einkommen, weiterhin werden Fragen zu wesentlichen Lebensbereichen wie Erwerbstätigkeit, Wohnsituation und Gesundheit gestellt.

LEBEN IN EUROPA ist als integrierte Quer- und Längsschnitterhebung konzipiert, sodass nicht nur Aussagen über die Lebensbedingungen zu einem bestimmten Zeitpunkt, sondern auch über Änderungen im Zeitverlauf ermöglicht werden. So kann beispielsweise nicht nur das Ausmaß der Armutsgefährdung der Bevölkerung im Erhebungsjahr festgestellt werden, sondern es können – sobald mehrere Erhebungsdurchgänge stattgefunden haben – auch Aussagen über die Verfestigung von Armutsrisiken über mehrere Jahre getroffen werden. Ermöglicht wird dies durch die Durchführung der Erhebung als Rotationspanel: Die LEBEN IN EUROPA zugrunde liegende Stichprobe besteht aus vier – jeweils für die Gesamtbevölkerung repräsentativen – Teilstichproben. In jedem Erhebungsjahr scheidet ein Viertel der Haushalte aus der Befragung aus und wird durch neue

Haushalte ersetzt. Die teilnehmenden Haushalte werden somit in (maximal) vier aufeinander folgenden Jahren befragt.

In Deutschland wird LEBEN IN EUROPA als postalische Befragung durchgeführt. Die ausgewählten Haushalte erhalten jeweils einen Fragebogen zu Haushaltsmerkmalen und zusätzlich erhält jede Person im Haushalt, die am 31. 12. des Vorjahres mindestens 16 Jahre alt war, einen Fragebogen zu personenbezogenen Merkmalen. Im Erhebungsjahr 2005 wurden bundesweit rund 25 000 Personen ab 16 Jahren in etwa 13 000 Haushalten befragt. In NRW nahmen im selben Jahr 5 337 Personen ab 16 Jahren in 2 759 Haushalten an der Erhebung teil. Somit steht auch für NRW eine ausreichend große Stichprobe für Analysen der Einkommens- und Lebensbedingungen der Bevölkerung zur Verfügung. Allerdings setzt der Stichprobenumfang insofern Restriktionen, dass bei den im Folgenden vorgestellten Auswertungen nicht in jedem Fall der wünschenswerte Differenzierungsgrad erreicht werden kann. Die Hochrechnung der Stichprobenergebnisse erfolgte auf Basis von seitens des Statistischen Bundesamtes speziell für NRW entwickelten Hochrechnungsfaktoren.

Die in diesem Beitrag dargestellten Ergebnisse zur Einkommenssituation und zur Armutsgefährdung beziehen sich auf das Jahr 2004, alle weiteren Merkmale – soweit nichts anderes genannt wird – auf den Zeitpunkt der Erhebung im Frühjahr 2005. Eine direkte Vergleichbarkeit mit den im Sozialbericht NRW 2007 vorgestellten Ergebnissen zur relativen Einkommensarmut in Nordrhein-Westfalen ist nicht gegeben. Die Armutsanalysen der nordrhein-westfälischen Sozialberichterstattung basieren auf Daten des Mikrozensus, einer Mehrzweckerhebung bei 1 % aller Haushalte, wobei der größte Teil der

Fragen mit Auskunftspflicht belegt ist. Abweichungen zu den hier vorgestellten Ergebnissen sind zum einen auf Unterschiede der Datenquellen hinsichtlich des Einkommenskonzepts und der Einkommenserfassung sowie Art und Durchführung der Erhebung zurückzuführen. Zum anderen liegt der nordrhein-westfälischen Sozialberichterstattung ein abweichendes Konzept zur Messung relativer Einkommensarmut zugrunde, vgl. hierzu: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Sozialbericht NRW 2007, Düsseldorf 2007, S. 487 ff.

2 Einkommensverteilung in NRW

2.1 Verfügbares Haushaltseinkommen

Grundlage der folgenden Auswertungen zu Einkommen und relativer Einkommensarmut ist das verfügbare Haushaltseinkommen²⁾. Um dieses zu ermitteln, werden in LEBEN IN EUROPA sowohl die persönlichen Einkommen aller Haushaltsmitglieder als auch die Einkommensarten, die dem Haushalt insgesamt zufließen, für das der Erhebung vorausgehende Kalenderjahr erfasst. In der Erhebung LEBEN IN EUROPA 2005 wurden somit die Haushaltseinkommen für das Jahr 2004 erhoben.

Folgende Einkommensarten fließen in die Berechnung des Haushaltseinkommens ein:

- Einkommen aus abhängiger oder selbstständiger Erwerbstätigkeit,
- Vermögenseinkommen (Einkünfte aus Kapitalanlagen, Einkommen aus Vermietung und Verpachtung),
- staatliche Sozial- bzw. Transferleistungen,
- Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung, Pensionen und Betriebsrenten,
- regelmäßig empfangene Zahlungen von anderen privaten Haushalten (z. B. Unterhaltszahlungen).

2) Das im Rahmen von LEBEN IN EUROPA verwendete Einkommenskonzept orientiert sich im Wesentlichen an den Empfehlungen einer international zusammengesetzten Expertengruppe, der sog. „Canberra Group“: Expert Group on Household Income Statistics – The Canberra Group: Final Report and Recommendations, Ottawa 2001.

Nach Abzug sämtlicher auf alle Einkommensarten zu zahlenden Steuern und Sozialabgaben und abzüglich von Zahlungen, die regelmäßig an andere private Haushalte geleistet werden, ergibt sich das verfügbare Haushaltseinkommen. Die im Folgenden ausgewiesenen monatlichen Einkommenswerte errechnen sich durch die Division des Jahreseinkommens durch 12 und sind somit als durchschnittliche Monatseinkommen für das Jahr 2004 zu sehen.

Im Jahr 2004 lag der Median der verfügbaren Haushaltseinkommen in Nordrhein-Westfalen bei monatlich 1 920 Euro, das bedeutet, dass einer Hälfte der Haushalte weniger und der anderen Hälfte mehr Einkommen zur Verfügung stand.³⁾ Im gesamten Bundesgebiet lag dieses monatliche Medianeinkommen im gleichen Jahr mit 1 808 Euro um knapp 6 % niedriger.⁴⁾

Allerdings ist das mittlere verfügbare Haushaltseinkommen insofern nur bedingt aussagekräftig und auch nur bedingt zu Vergleichszwecken geeignet, als das Wohlstandsniveau, das ein Haushalt durch sein Einkommen erreichen kann, von Zahl und Alter der Haushaltsmitglieder abhängig ist. So ist ein Einpersonenhaushalt mit einem verfügbaren Haushaltseinkommen von 1 920 Euro im Monat finanziell deutlich besser gestellt als ein Mehrpersonenhaushalt, der mit dem gleichen Einkommen wirtschaften muss.

2.2 Äquivalenzeinkommen

Um Haushaltseinkommen unter Berücksichtigung von Größe und Zusammensetzung der Haushalte vergleichbar machen zu können, werden sie in bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen, sogenannte „Äquivalenzeinkommen“ umgerechnet. Dies geschieht, indem das ver-

3) bzw. für den Fall, dass der Median in eine Gruppe von Haushalten fällt, deren verfügbares Einkommen gleich hoch ist, der einen Hälfte der Haushalte höchstens 1 920 Euro, der anderen Hälfte mindestens 1 920 Euro zur Verfügung stand.

4) Die Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA 2005 für das Bundesgebiet wurden durch das Statistische Bundesamt in Form einer Broschüre veröffentlicht: „Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA für Deutschland 2005“. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2006

fügbare Haushaltseinkommen nicht durch die Zahl der Haushaltsmitglieder geteilt wird, sondern durch die Summe von Bedarfsgewichten, welche den Haushaltsmitgliedern in Abhängigkeit von ihrem Alter zugeordnet werden. Auf diese Weise werden sowohl Einspareffekte durch gemeinsames Wohnen und Wirtschaften als auch altersspezifisch unterschiedliche Bedarfe berücksichtigt. So benötigt etwa ein Paarhaushalt mit einem Kind nicht das dreifache Einkommen eines Singles, um dasselbe Wohlstandsniveau zu erreichen, da die Lebenshaltungskosten pro Kopf einerseits durch die gemeinsame Nutzung von Wohnraum und Haushaltsgeräten etc. und andererseits durch den in der Regel geringeren Bedarf von Kindern niedriger liegen. Die einfache Division des Haushaltseinkommens durch die Zahl der Haushaltsmitglieder würde diese Umstände nicht berücksichtigen.

Das Konzept äquivalierter Einkommen beruht auf folgenden Annahmen: Zum einen wird eine gleichmäßige Ressourcenverteilung innerhalb der Haushalte vorausgesetzt, es wird also davon ausgegangen, dass alle Haushaltsmitglieder gleichermaßen vom gesamten Haushaltseinkommen profitieren. Weiterhin wird unterstellt, dass die zugrunde gelegte Bedarfsgewichtung die unterschiedlichen Bedarfe der Haushaltsmitglieder korrekt abbildet.

Zur Festlegung der Bedarfsgewichte existiert eine Reihe verschiedener Äquivalenzskalen. Auf europäischer Ebene wird die neue bzw. modifizierte OECD-Skala zugrunde gelegt. Die neue OECD-Skala sieht für die erste erwachsene Person im Haushalt ein Gewicht von 1, für jede weitere Person im Alter von 14 und mehr Jahren ein Gewicht von 0,5 und für Personen im Alter von unter 14 Jahren ein Gewicht von 0,3 vor.⁵⁾ Um die

5) Die vorher gebräuchliche ursprüngliche bzw. alte OECD-Skala sieht höhere Gewichte für die weiteren Haushaltsmitglieder vor, und zwar ein Gewicht von 0,7 für jede weitere Person im Alter von 14 und mehr Jahren und ein Gewicht von 0,5 für jede weitere Person im Alter von unter 14 Jahren. Die Wahl der Äquivalenzskala hat einen bedeutenden Einfluss darauf, welche Bevölkerungsgruppen als armutsgefährdet gelten, vgl. hierzu: Habenicht, Karin; Hullmann, Alfred; Bergmann, Yvonne: Einkommensverteilung und Armutsrisikoquoten im Bund-Länder-Vergleich – Analysen mit dem Mikrozensus 2003. In: Statistische Analysen und Studien NRW, Band 35, Düsseldorf 2006, S. 11 – 20

persönlichen Äquivalenzeinkommen der Haushaltsmitglieder zu berechnen, wird das verfügbare Haushaltseinkommen durch die Summe der Bedarfsgewichte des Haushalts dividiert. Für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und einem Kind unter 14 Jahren ergibt sich z. B. eine Summe der Gewichte von $1 + 0,5 + 0,3 = 1,8$. Für diesen Haushalt wird somit gegenüber einem Einpersonenhaushalt ein 1,8-facher Einkommensbedarf angenommen, um denselben Lebensstandard erreichen zu können. Bei einem verfügbaren Haushaltseinkommen von 2 700 Euro pro Monat würde sich das Äquivalenzeinkommen für den beschriebenen Familienhaushalt auf $2\,700 \text{ Euro} / 1,8 = 1\,500 \text{ Euro}$ pro Haushaltsmitglied belaufen.

Abbildung 1 zeigt die Verteilung der monatlichen Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in NRW im Jahr 2004 bei Anwendung der neuen OECD-Skala.

Der Median der monatlichen Äquivalenzeinkommen der nordrhein-westfälischen Bevölkerung lag in 2004 bei 1 510 Euro im Monat. Für das gesamte Bundesgebiet lag der entsprechende Wert bei 1 427 Euro.

Die mittleren Einkommen fallen je nach Bevölkerungsgruppe sehr unterschiedlich aus. Tabelle 1 zeigt die Mediane der monatlichen Äquivalenzeinkommen für ausgewählte soziodemografische Gruppen. Zusätz-

1. Mediane Äquivalenzeinkommen und relative Einkommenspositionen der Bevölkerung nach sozialstrukturellen Merkmalen*)

Merkmal	Äquivalenzeinkommen (neue OECD-Skala) in EUR/Monat	
	Median	relative Einkommensposition ¹⁾
Insgesamt	1 510	100
Geschlecht		
männlich	1 523	101
weiblich	1 493	99
Alter von ... bis unter ... Jahren		
unter 16	1 407	93
16 – 25	1 538	102
25 – 50	1 517	100
50 – 65	1 672	111
65 und mehr	1 380	91
Überwiegender Erwerbsstatus ²⁾		
erwerbstätig	1 768	117
arbeitslos	1 004	66
im Ruhestand	1 428	95
andere Nichterwerbspersonen	1 406	93
Haushaltstyp		
Haushalte ohne Kinder ³⁾		
Einpersonenhaushalt	1 245	82
2 Erwachsene	1 578	105
Haushalte mit Kindern ³⁾		
Alleinerziehende(r)	1 079	71
2 Erwachsene, ein Kind	1 607	106
2 Erwachsene, 2 Kinder	1 503	100
2 Erwachsene, 3 oder mehr Kinder	1 150	76

*) Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA 2005 – 1) Median der Äquivalenzeinkommen der entsprechenden Bevölkerungsgruppen im Verhältnis zum Median der Bevölkerung insgesamt in % – 2) Der überwiegende Erwerbsstatus ist derjenige Erwerbsstatus, den die Personen im Jahr 2004 in der Mehrzahl der Monate innehatten; nur Personen im Alter von 16 und mehr Jahren – 3) Kinder sind alle Personen im Alter von unter 16 Jahren sowie Personen im Alter von 16 bis unter 25 Jahren, die mit mindestens einem Elternteil im Haushalt leben und ökonomisch nicht aktiv sind, d. h. weder erwerbstätig sind noch Arbeit suchen. Alle anderen Personen gelten als Erwachsene.

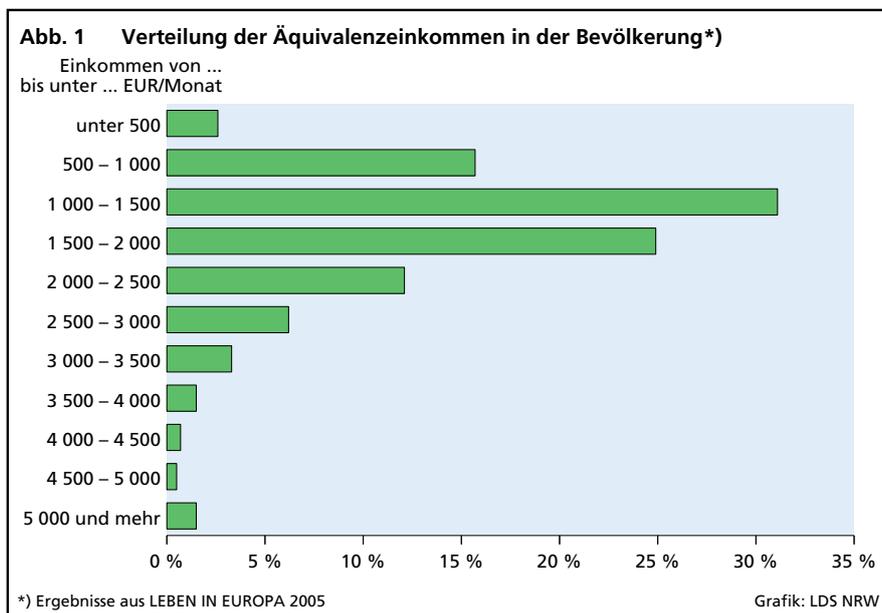
lich werden die jeweiligen relativen Einkommenspositionen aufgeführt, diese geben den Anteil des Medians der jeweiligen Gruppe am Median der Gesamtbevölkerung (1 510 Euro) in Prozent wieder.

Während sich in der Unterteilung nach Geschlecht nur ein relativ ge-

ringer Einkommensabstand zeigt – das mittlere monatliche Äquivalenzeinkommen der männlichen Bevölkerung liegt 30 Euro höher als das der weiblichen – weichen die Medianeinkommen der verschiedenen Altersgruppen deutlicher voneinander ab. Hier fallen vor allem die unterdurchschnittlichen Einkommen der unter 16-Jährigen sowie der ab 65-Jährigen auf, ihre mittleren Äquivalenzeinkommen liegen 103 bzw. 130 Euro unter dem Medianeinkommen der Gesamtbevölkerung. Die 50- bis unter 65-Jährigen liegen mit einem mittleren Einkommen dagegen 162 Euro bzw. 11 % über dem Gesamtmedian.

Erwerbstätigkeit hat einen wesentlichen Einfluss auf das Haushalts- und damit auch auf das Äquivalenzeinkommen. Dies schlägt sich auch in dem Vergleich der Medianeinkommen der ab 16-Jährigen nach ihrem überwiegenden Erwerbsstatus⁶⁾ im

6) Der überwiegende Erwerbsstatus ist derjenige Erwerbsstatus, den die Personen in der Mehrzahl der Monate innehatten.



Jahr 2004 nieder. Das mediane Äquivalenzeinkommen der Erwerbstätigen liegt mit 1 768 Euro deutlich über dem der Gruppe der Nichterwerbstätigen, welches 1 379 Euro beträgt. Arbeitslose sind unter den Nichterwerbstätigen finanziell am schlechtesten gestellt, ihr mittleres Äquivalenzeinkommen liegt um 506 Euro und damit um ein Drittel niedriger als das der Gesamtbevölkerung.

Neben der Erwerbstätigkeit sind Größe und Struktur des Haushalts, in denen Personen leben, wesentliche Faktoren für die Höhe ihres Äquivalenzeinkommens. So zeigen sich auch deutliche Einkommensunterschiede in der Differenzierung nach ausgewählten Haushaltstypen⁷⁾. Von den Personen in Haushalten ohne Kinder verfügen Alleinlebende über ein stark unterdurchschnittliches Einkommen, ihr Medianeinkommen beträgt nur 82 % des Gesamtmedians. Das Einkommen von Personen in Haushalten mit zwei Erwachsenen liegt dagegen leicht über dem Durchschnitt. Bei den Haushalten mit Kindern stellt sich insbesondere die Einkommenssituation bei Haushalten von Alleinerziehenden⁸⁾ und Haushalten von Paaren mit drei oder mehr Kindern schlecht dar: Personen in diesen Haushalten können lediglich über 71 bzw. 76 % des mittleren Äquivalenzeinkommens der Gesamtbevölkerung verfügen. Das Einkommen von Personen in Haushalten mit zwei Erwachsenen und einem Kind liegt indessen um 6 % höher als das der Bevölkerung insgesamt.

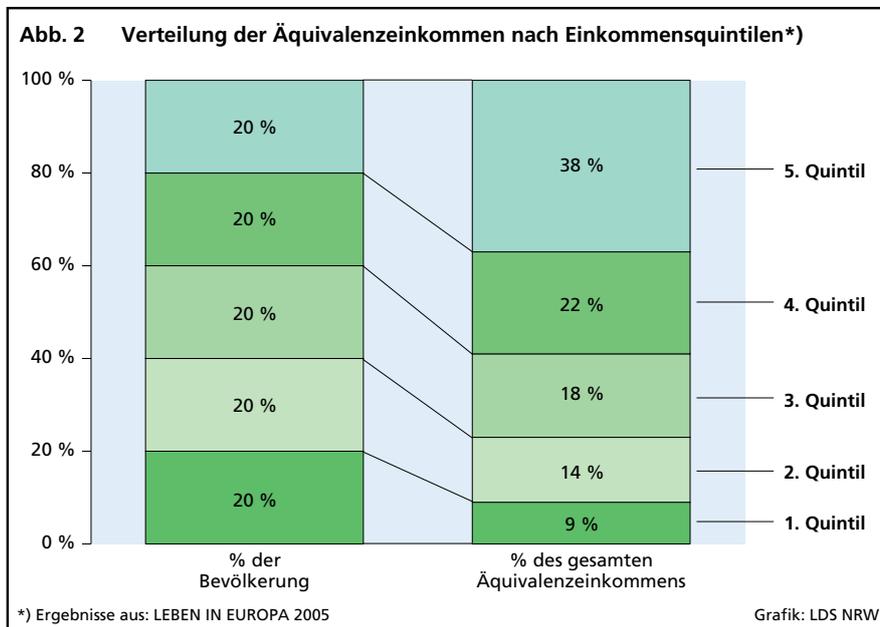
Einen anschaulichen und zusammenfassenden Überblick über die (Ungleich-)Verteilung der Äquivalenzeinkommen innerhalb der Bevölkerung bietet die Aufteilung auf Einkommensquintile (Einkommensfünftel). Zur Bestimmung der Quintile

7) Die hier vorgestellten Haushaltstypen basieren gemäß EU-Vorgabe auf einer Aufteilung der Haushaltsmitglieder in Erwachsene und Kinder. Unter Kindern sind alle Personen im Alter von unter 16 Jahren zu verstehen sowie Personen im Alter von 16 bis unter 25 Jahren, die mit mindestens einem Elternteil im Haushalt leben und ökonomisch nicht aktiv sind, d. h. weder erwerbstätig sind noch Arbeit suchen. Alle anderen Personen gelten als Erwachsene.

8) In diesem Zusammenhang bedeutet „alleinerziehend“, dass ein einzelner Erwachsener mit einem oder mehreren Kind(ern) zusammen in einem Haushalt lebt.

werden alle Personen aufsteigend nach ihrem Einkommen sortiert und dann in fünf gleich große Gruppen eingeteilt. Anschließend wird berechnet, welchen Anteil die Personen in den Einkommensquintilen am gesamten Einkommen haben.

Einkommen) und 100 (absolute Konzentration = eine Person verfügt über das gesamte Einkommen) annehmen. In 2004 lag der Gini-Koeffizient in NRW bei 28,6. Damit sind die Einkommen in NRW etwas ungleicher verteilt als im gesamten Bun-



Während das Fünftel mit den niedrigsten Einkommen über 9 % des gesamten Äquivalenzeinkommens der Bevölkerung verfügt, entfallen auf das einkommensstärkste Fünftel insgesamt 38 % des Gesamteinkommens. Eine Maßzahl, die das gesamte Einkommen des obersten Quintils in Beziehung setzt, ist das sog. S80/20 Einkommensquintilsverhältnis⁹⁾, welches im Jahr 2004 in NRW bei 4,3 lag. Das bedeutet, dass die reichsten 20 % der Bevölkerung in der Summe über 4,3-mal soviel Einkommen verfügen wie die ärmsten 20 % der Bevölkerung.

Das Einkommensquintilsverhältnis bezieht allerdings nur die Ränder der Einkommensverteilung ein. Als zusammenfassende Maßzahl zur Beschreibung einer Verteilung wird häufig auch der Gini-Koeffizient verwendet. Dieser kann Werte zwischen 0 (absolute Gleichverteilung = alle Personen verfügen über dasselbe

9) Der Ausdruck S80/20 bezieht sich auf den Quotienten der Summe (S) der Einkommen der Personen, die über ein höheres Einkommen verfügen als 80% der Bevölkerung (oberstes Quintil) und der Summe der Einkommen der 20 % einkommensschwächsten Personen (unterstes Quintil).

desgebiet, für das sich im selben Jahr ein Gini-Koeffizient von 27,7 ergab.

3 Armutsgefährdung in NRW

3.1 Konzept der relativen Einkommensarmut

Nach dem Konzept der relativen Einkommensarmut werden solche Menschen als arm bzw. als armutsgefährdet bezeichnet, deren Einkommen unterhalb eines bestimmten Prozentsatzes des Durchschnittseinkommens der Bevölkerung liegt. Armut wird demnach nicht an einer absoluten Einkommensgrenze festgemacht, sondern in Relation zum allgemeinen Wohlstandsniveau einer Gesellschaft definiert. Ändert sich die Einkommensverteilung innerhalb der Bevölkerung, ändert sich auch die Einkommensgrenze, unterhalb derer Personen als armutsgefährdet gelten. Aus diesem Grunde wird in der Regel statt von „Armut“ von „Armutsgefährdung“ gesprochen. Personen, die mit ihrem Einkommen unterhalb des ermittelten Schwellenwertes liegen, sind gefährdet, nicht an dem typischen Lebensstandard

der Gesellschaft teilhaben zu können und damit von sozialer Ausgrenzung betroffen zu sein.

Das Konzept der relativen Einkommensarmut erfordert mehrere Festlegungen. Es muss zum einen entschieden werden, welcher Einkommensbegriff zugrunde gelegt wird. Auf EU-Ebene werden die bereits beschriebenen Äquivalenzeinkommen verwendet, die sich nach Bedarfsgewichtung der verfügbaren Haushaltseinkommen auf Basis der neuen OECD-Skala ergeben. Weiterhin muss festgelegt werden, wie das Durchschnittseinkommen bemessen werden soll. Zur Bestimmung des mittleren Einkommens kommen grundsätzlich einerseits das arithmetische Mittel und andererseits der Median in Betracht. Das arithmetische Mittel ist die Summe aller Merkmalswerte dividiert durch ihre Anzahl. In seine Berechnung fließen somit alle Werte der Einkommensverteilung ein und es reagiert daher sensibel auf Extremwerte, also extrem niedrige oder extrem hohe Einkommen („Ausreißer“). Der Median, der auch als „Zentralwert“ bezeichnet wird, ist derjenige Wert, der in einer Reihe von aufsteigend sortierten Werten in der Mitte liegt. Im Fall einer Einkommensverteilung verfügt also die eine Hälfte der Bevölkerung höchstens und die andere Hälfte mindestens über das Medianeinkommen. Der Median hat gegenüber dem arithmetischen Mittel den Vorteil, dass er weniger auf Veränderungen an den Rändern der Einkommensverteilung reagiert und nicht durch Extremwerte beeinflusst wird. Die EU hat den Median als Maßzahl für die Bestimmung des mittleren Einkommens als Bezugsgröße für die Berechnung relativer Einkommensarmut festgelegt. Schließlich muss entschieden werden, unterhalb welches Prozentsatzes von diesem mittleren Einkommen Personen als armutsgefährdet gelten sollen. Nach europäischer Konvention wird die Armutsgefährdungsschwelle bei 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen – berechnet auf Basis der neuen OECD-Skala – festgesetzt.

In NRW lag die Armutsgefährdungsschwelle nach EU-Definition im Jahr 2004 bei monatlich 906 Euro. Die Ar-

2. Haushaltsspezifische Armutsgefährdungsschwellen*)		
Haushaltstyp	Summe der Bedarfsgewichte der Haushaltsmitglieder (neue OECD-Skala)	Haushaltsspezifische Armutsgefährdungsschwellen in EUR/Monat
Einpersonenhaushalt	1	906 * 1 = 906
2 Erwachsene ohne Kinder	1 + 0,5 = 1,5	906 * 1,5 = 1 359
Alleinerziehende(r), ein Kind unter 14 Jahren	1 + 0,3 = 1,3	906 * 1,3 = 1 178
2 Erwachsene, ein Kind unter 14 Jahren	1 + 0,5 + 0,3 = 1,8	906 * 1,8 = 1 631
2 Erwachsene, 2 Kinder unter 14 Jahren	1 + 0,5 + 0,3 + 0,3 = 2,1	906 * 2,1 = 1 903

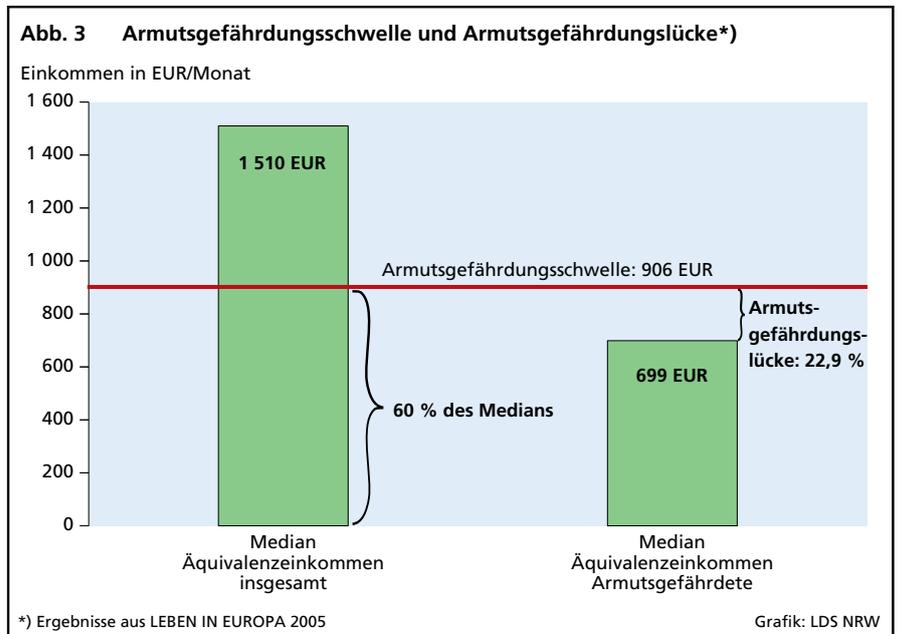
*) Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA 2005

mutgefährdungsquote, also der Anteil der Bevölkerung, der über ein Äquivalenzeinkommen von weniger als 906 Euro im Monat verfügen konnte, lag bei 14,2 %. Damit sind in NRW gut 2,5 Millionen Menschen in Privathaushalten von relativer Einkommensarmut betroffen.

Das Medianeinkommen dieser armutsgefährdeten Personen beträgt 699 Euro pro Monat. Ihr mittleres Einkommen entspricht somit 73,1 % der Armutsgefährdungsschwelle von 906 Euro oder anders ausgedrückt: es liegt um 22,9 % darunter. Dieser prozentuale Abstand von 22,9 % des Medianeinkommens der Armutsgefährdeten zur Armutsgefährdungsschwelle wird als Armutsgefährdungslücke bezeichnet und dient zur Beschreibung des Ausmaßes der Armutsgefährdung.

Summe der Bedarfsgewichte des jeweiligen Haushalts multipliziert werden, bevor festgestellt werden kann, ob die Haushaltsmitglieder armutsgefährdet sind. Tabelle 2 zeigt exemplarisch die haushaltsspezifischen Armutsgefährdungsschwellen auf Basis der EU-Definition für relative Einkommensarmut (60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen) für ausgewählte Haushaltstypen.

Während eine allein lebende Person mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 906 Euro monatlich als armutsgefährdet gilt, liegt die entsprechende monetäre Armutsgefährdungsschwelle z. B. für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen ohne Kinder bei 1 359 Euro und für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren bei 1 903 Euro im Monat.



Die monetäre Armutsgefährdungsschwelle kann nur im Fall von Einpersonenhaushalten direkt mit dem verfügbaren Haushaltseinkommen verglichen werden. Bei anderen Haushaltstypen muss sie zunächst mit der

Da die Festlegung der Armutsgefährdungsschwelle bei 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen auf einer Konvention beruht, wird im Folgenden dargestellt, wie sich die allgemeinen Armutsgefährdungsschwellen

len in Euro sowie die Armutsgefährdungsquoten bei Zugrundelegung alternativer Grenzwerte ändern:

Altersgruppen zeigt sich, dass jüngere Menschen häufiger von relativer Einkommensarmut bedroht sind und

Haushaltstyp

Da Äquivalenzeinkommen auf dem Haushaltseinkommen basieren, hat der Haushaltstyp¹⁰⁾, in dem eine Person lebt, einen bedeutenden Einfluss auf ihre Armutsgefährdung.

Alleinlebende sind mit einer Armutsgefährdungsquote von 27,0 % in besonderem Maße von Einkommensarmut betroffen, da in ihrem Fall ein geringes oder fehlendes (Erwerbs-) Einkommen nicht durch Einkommen anderer Haushaltsmitglieder kompensiert werden kann. Alleinlebende

3. Armutsgefährdungsquoten bei alternativen Armutsgefährdungsschwellen*)				
Armutsgefährdungsschwelle liegt bei ... des Medians ¹⁾	Armutsgefährdungsschwelle in EUR	Armutsgefährdungsquote		
		insgesamt	männlich	weiblich
40 %	604	4,0	3,8	4,3
50 %	755	8,8	8,3	9,3
60 %	906	14,2	13,5	14,9
70 %	1 057	21,5	20,4	22,6

*) Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA 2005 – 1) bezogen auf die Gesamtbevölkerung

Die verschiedenen Grenzwerte lassen sich zum einen als verschieden strenge Armutsdefinitionen verstehen, zum anderen lässt sich so auch ein Eindruck darüber gewinnen, wie viele Personen mit ihrem Äquivalenzeinkommen in der Nähe der 60 %-Grenze liegen. So verfügen z. B. 5,4 % aller Personen über ein Äquivalenzeinkommen zwischen 50 und 60 % des Medianeinkommens der Gesamtbevölkerung. 7,3 % liegen zwischen 60 % und 70 % des Medians, damit gelten sie nach EU-Definition nicht mehr als armutsgefährdet, ihr Äquivalenzeinkommen liegt jedoch nur knapp über der Armutsgefährdungsschwelle.

die Armutsgefährdung mit zunehmendem Alter tendenziell abnimmt.

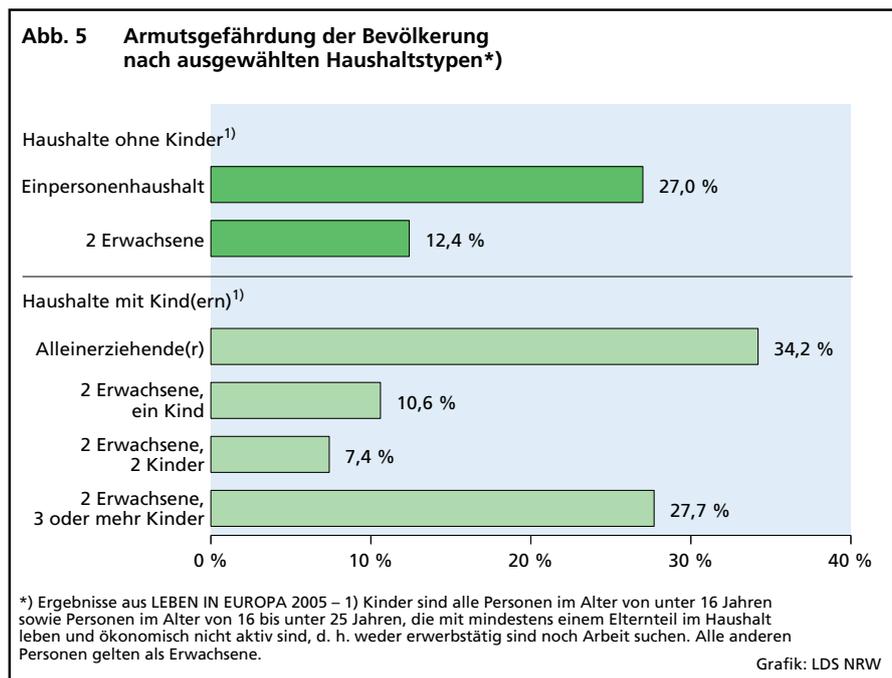
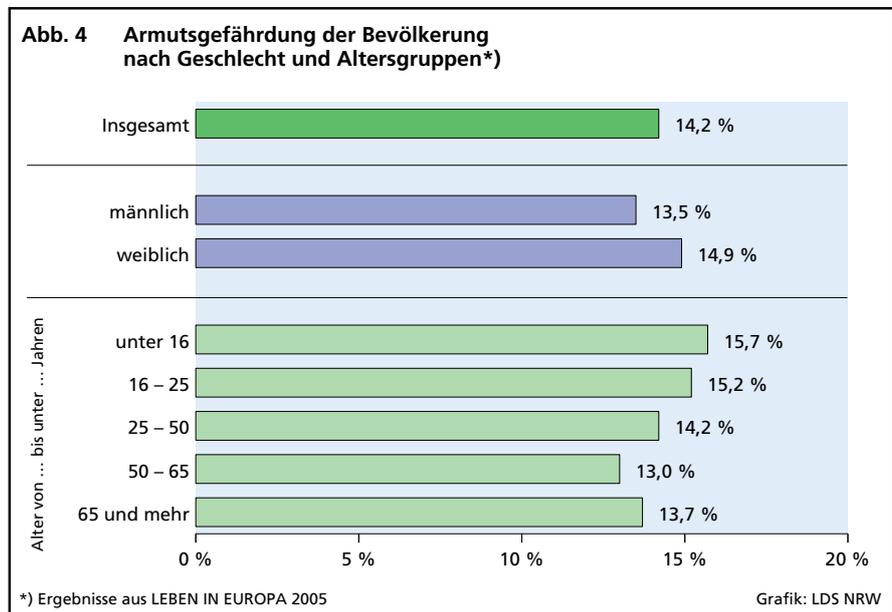
10) Siehe Fußnote 7.

3.2 Armutsgefährdung nach soziodemografischen Merkmalen

Das Risiko, von relativer Einkommensarmut betroffen zu sein, ist abhängig von dem verfügbaren Haushaltseinkommen sowie von der Zahl und dem Alter der Personen im Haushalt. Demzufolge stellt sich die Armutsgefährdung verschiedener Bevölkerungsgruppen sehr unterschiedlich dar.

Alter und Geschlecht

Frauen sind generell häufiger von Einkommensarmut bedroht als Männer, ihre Armutsgefährdungsquote liegt bei 14,9 % und damit 1,6 Prozentpunkte über der der Männer, von denen 13,5 % als armutsgefährdet gelten. In der Unterteilung nach



Personen unter 65 Jahren sind sogar zu knapp einem Drittel (32,3 %) armutsgefährdet, Alleinlebende ab 65 Jahren immerhin noch zu einem Fünftel (20,7 %). Personen in Haushalten, in denen zwei Erwachsene ohne Kinder leben, sind dagegen mit 12,4 % deutlich seltener armutsgefährdet.

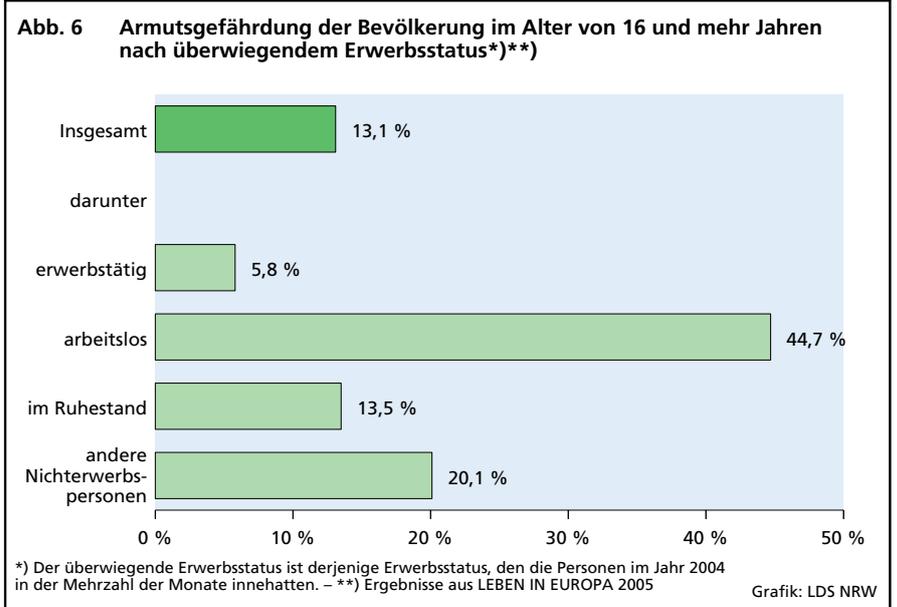
Unter den Haushaltstypen mit Kindern sind Haushalte alleinerziehender Eltern am häufigsten von relativer Einkommensarmut bedroht. Neben dem Umstand, dass nur eine potenziell erwerbstätige Person im Haushalt lebt, ist die Möglichkeit zur Erwerbsarbeit durch die Notwendigkeit der Kinderbetreuung in der Regel zumindest eingeschränkt. Über ein Drittel (34,2 %) der Personen in Alleinerziehendenhaushalten ist armutsgefährdet. Auch die Mitglieder von Haushalten, in denen zwei Erwachsene und drei oder mehr Kinder leben, sind mit 27,7 % deutlich überdurchschnittlich von Armut betroffen.

Dass Kinder im Haushalt aber nicht generell mit einem erhöhten Armutsrisiko einhergehen, zeigen die Armutsgefährdungsquoten von Personen in Haushalten, in denen zwei Erwachsene und bis zu zwei Kinder leben; diese tragen ein unterdurchschnittliches Armutsrisiko.

Erwerbsstatus

Im Folgenden wird die Armutsgefährdung für alle Personen im Alter von 16 und mehr Jahren nach dem Erwerbsstatus dargestellt, den sie im Jahr 2004 überwiegend innehatten.

Erwerbsarbeit bietet den sichersten, wenn auch keinen absoluten Schutz vor Armutsgefährdung. Erwerbstätige weisen mit einer Armutsgefährdungsquote von 5,8 % ein weit niedrigeres Armutsrisiko auf als nicht erwerbstätige Personen, von denen insgesamt knapp ein Fünftel (19,3 %) von Armut bedroht ist. Unter den Nichterwerbstätigen ist die Armutsgefährdung bei den arbeitslosen Personen mit Abstand am höchsten: 44,7 % der Arbeitslosen verfügen über ein Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungs-



schwelle. Personen im Ruhestand tragen dagegen mit 13,5 % ein eher durchschnittliches Armutsrisiko.

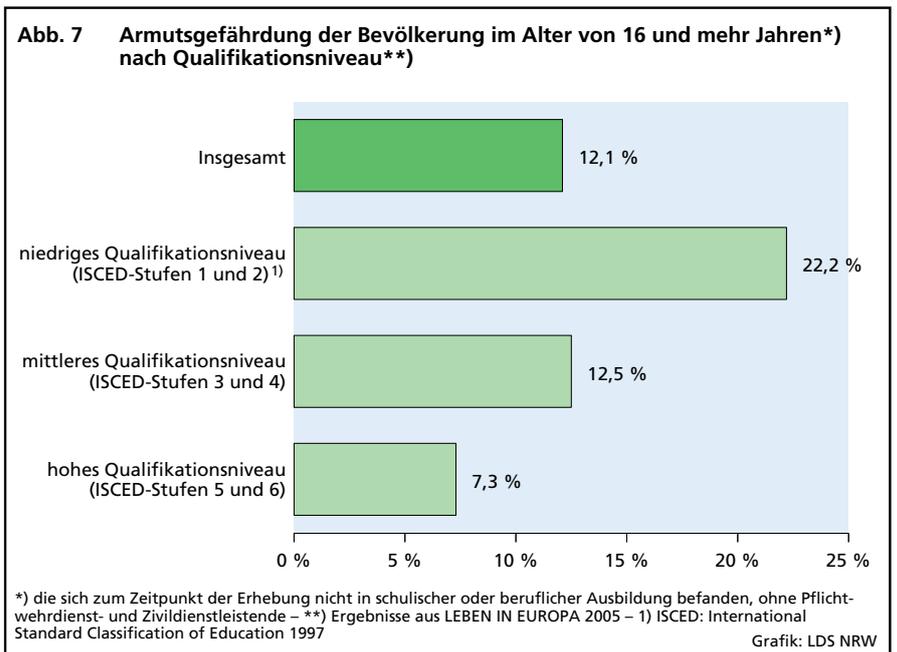
Bildungsstand

Die Chancen für eine erfolgreiche Platzierung auf dem Arbeitsmarkt – einer der bedeutendsten Faktoren zur Vermeidung von Einkommensarmut – werden wesentlich vom Qualifikationsniveau mitbestimmt. Im Rahmen von LEBEN IN EUROPA wird das Qualifikationsniveau auf Basis des ISCED-Standards¹¹⁾ erhoben. Die-

11) International Standard Classification of Education (Internationale Standardklassifikation des Bildungswesens)

ser Standard wurde Anfang der 1970er-Jahre von der UNESCO entwickelt, um einen internationalen Vergleichsmaßstab für Bildungsstufen zu schaffen, und basiert auf einer Kombination von schulischer und beruflicher Bildung. Die aktuell gültige Fassung von 1997 umfasst (ohne den Vorschulbereich) insgesamt 6 Stufen, die teilweise noch weiter aufgegliedert werden können. Auf Basis dieser 6 Stufen wurden alle Personen ab 16 Jahre entsprechend ihres Ausbildungsstands einem niedrigen, mittleren oder hohen Qualifikationsniveau zugeordnet.

Die Qualifikationsstufen lassen sich folgendermaßen zusammenfassend beschreiben:



- niedriges Qualifikationsniveau (ISCED-Stufen 1 und 2)
Keine Berufsausbildung (inkl. nur Anlernausbildung, Praktikum oder Berufsvorbereitungsjahr) und kein Abitur oder Fachhochschulreife
- mittleres Qualifikationsniveau (ISCED-Stufen 3 und 4)
Höchster beruflicher Abschluss: Lehre, berufliche Ausbildung oder höchster schulischer Abschluss: Abitur oder Fachhochschulreife
- hohes Qualifikationsniveau (ISCED-Stufen 5 und 6)
Höchster beruflicher Abschluss: Meister/-in, Techniker/-in, Fachschulabschluss, (Fach-)Hochschulabschluss

Nicht berücksichtigt wurden Personen, die sich zum Zeitpunkt der Erhebung in schulischer oder beruflicher Ausbildung befanden oder den Pflichtwehrdienst bzw. Zivildienst ableisteten.

Während die betrachtete Personengruppe mit 12,1 % ein in Bezug auf die Gesamtbevölkerung unterdurchschnittliches Armutsrisiko aufweist, zeigen sich in der Differenzierung nach erreichter Qualifikationsstufe erhebliche Unterschiede. Eine niedriges schulisches und berufliches Qualifikationsniveau geht mit einer erheblichen Steigerung der Armutsgefährdung einher: Mit 22,2 % sind über ein Fünftel der Geringqualifizierten von relativer Einkommensarmut betroffen. Mit steigendem Qualifikationsniveau sinkt das Armutsrisiko ab und liegt in der Gruppe der Hochqualifizierten mit 7,3 % deutlich unter dem Durchschnitt.

3.3 Einfluss von Sozialleistungen auf die Verringerung von Einkommensarmut

Die bislang ausgewiesenen Armutsgefährdungsquoten wurden auf Basis von Äquivalenzeinkommen berechnet, die auf dem verfügbaren Haushaltseinkommen inklusive staatlicher Sozial- bzw. Transferleistungen basieren. Um zu zeigen, welche Bedeutung diese Leistungen bei der Verringerung von Armutsgefährdung

haben, werden in diesem Abschnitt Armutsgefährdungsquoten dargestellt, wie sie sich ergeben, wenn staatliche Transfers aus dem Haushaltseinkommen herausgerechnet werden. Die Äquivalenzeinkommen werden hierzu auf Basis des verfügbaren Haushaltseinkommens abzüglich Arbeitslosenunterstützung, Krankengeld, Invaliditätsrenten für Personen im Erwerbsalter, Leistungen nach dem BAföG, familienbezogene Leistungen wie Kindergeld und Erziehungsgeld, Sozialhilfe und Wohnungsbeihilfen berechnet.¹²⁾ Anschließend werden sie mit der Armutsgefährdungsschwelle verglichen, die sich nach Berücksichtigung aller staatlichen Transferleistungen ergibt. Zusätzlich werden auf die gleiche Weise Armutsgefährdungsquoten berechnet, die sich ergeben, wenn man zusätzlich auch noch Alters- und Hinterbliebenenleistungen als Sozialtransfers betrachtet.¹³⁾

zusätzlich die Alters- und Hinterbliebenenleistungen ab, würden 42,9 % der Bevölkerung über ein Äquivalenzeinkommen von weniger als 906 Euro monatlich verfügen.

Die Aufstellung der Armutsgefährdungsquoten vor und nach Sozialtransfers für die verschiedenen Altersgruppen zeigt deutlich, welche Bedeutung diese Leistungen für die Einkommenssituation der einzelnen Gruppen haben. Mit zunehmendem Alter nimmt die Bedeutung von Sozialtransfers (ohne Berücksichtigung von Alters- und Hinterbliebenenleistungen) für die Verbesserung der Einkommenssituation ab, während die Bedeutung der Alters- und Hinterbliebenenleistungen ansteigt.

Bei den höheren Altersgruppen wird die Rolle, die Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung für die Höhe des Einkommens spielen, beson-

4. Armutsgefährdungsquoten vor und nach Sozialtransfers nach Altersgruppen*)			
Altersgruppe	nach Sozialtransfers	Armutsgefährdungsquoten	
		vor Sozialtransfers	
		Alters- und Hinterbliebenenleistungen zählen	
		nicht als Sozialtransfers	als Sozialtransfers
Insgesamt	14,2	22,1	42,9
Alter von ... bis unter ... Jahren			
unter 16	15,7	28,2	29,4
16 – 25	15,2	25,0	27,8
25 – 50	14,2	23,9	27,8
50 – 65	13,0	19,0	41,6
65 und mehr	13,7	15,2	91,0

*) Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA 2005

Während insgesamt 14,2 % der Bevölkerung mit ihrem Äquivalenzeinkommen inklusive aller Transferleistungen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle von 906 Euro liegen, würde sich dieser Anteil nach Abzug der Transfers vom Haushaltseinkommen auf 22,1 % erhöhen. Zöge man

ders deutlich. In der Altersgruppe der 50- bis unter 65-Jährigen, in welcher der Übergang aus dem Erwerbsleben in den Ruhestand beginnt, würden ohne jegliche Transferleistungen 41,6 % über ein Äquivalenzeinkommen von weniger als 906 Euro monatlich verfügen, in der Gruppe der ab 65-Jährigen wären es sogar 91,0 %.

4 Lebenssituation von Armutsgefährdeten in NRW

Wenngleich Einkommen auch ein allgemein akzeptierter und häufig verwendeter Indikator für materielle Wohlfahrt ist, so ist doch ein niedriges Einkommen nicht ohne Weiteres mit

12) Indirekte, über steuerliche Begünstigungen erfolgende Leistungen wie z. B. Ehegattensplitting und Kinderfreibeträge werden allerdings nicht mehr aus dem verfügbaren Haushaltseinkommen herausgerechnet.

13) An dieser Stelle muss beachtet werden, dass es sich um eine fiktive Berechnung handelt und dass die Berechnung der Armutsgefährdungsquoten vor sozialen Transferleistungen insofern von der üblichen Berechnung von Armutsgefährdungsquoten abweicht, dass sich die Armutsgefährdungsschwelle nicht aus der jeweiligen Verteilung selbst ergibt, sondern die Armutsgefährdungsschwelle nach Sozialtransfers in Höhe von 906 Euro zugrunde gelegt wird.

einem niedrigen und ein hohes Einkommen nicht automatisch mit einem hohen Lebensstandard gleichzusetzen. So bleiben in dem Konzept der relativen Einkommensarmut sowohl Vermögenswerte als auch abzutragende Schulden unberücksichtigt. Während vorhandenes Vermögen den finanziellen Handlungsrahmen erweitert, kann die Möglichkeit mit dem vorhandenen Einkommen zu wirtschaften durch Schulden, aber auch durch individuelle Lebensumstände (wie z. B. hohe Mieten am Wohnort) deutlich eingeschränkt werden. Darüber hinaus spielen die subjektiven Ansprüche an den Lebensstandard eine Rolle.

zurechtzukommen, aber immerhin gibt noch gut ein Fünftel von ihnen an, relativ gut bis sehr gut mit dem Einkommen auszukommen. Demgegenüber hat über ein Drittel aller Haushalte, die oberhalb der Armutsgefährdungsschwelle liegen, einige bis große Schwierigkeiten mit ihrem Einkommen den Lebensunterhalt bestreiten zu können.

Um die Lebenssituation der von relativer Einkommensarmut Betroffenen näher beschreiben zu können, werden im Rahmen von LEBEN IN EUROPA auch die Themenbereiche Wohnen, finanzielle Probleme im

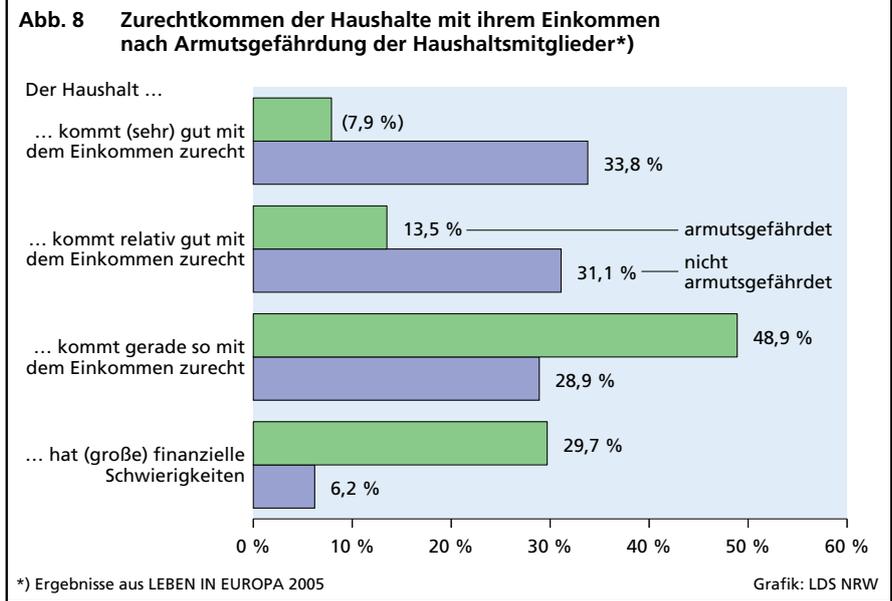
4.1 Wohnsituation

Die Chancen, seinen Lebens- und Wohnraum wählen und gestalten zu können, hängen in erheblichem Maße von den finanziellen Möglichkeiten ab, und so ergeben sich auch Unterschiede in der Wohnsituation von armutsgefährdeten und nicht armutsgefährdeten Haushalten.

Wohnungstyp und Wohneigentum

Nach Ergebnissen von LEBEN IN EUROPA 2005 leben insgesamt 37,5 % der nordrhein-westfälischen Haushalte in einem frei stehenden Einfamilienhaus, einer Doppelhaushälfte oder einem Reihenhaus. Bei den armutsgefährdeten Haushalten liegt dieser Anteil mit 24,1 % deutlich niedriger als bei nicht armutsgefährdeten Haushalten (40,9 %). Dementsprechend leben armutsgefährdete Haushalte häufiger in Wohnungen: Gut die Hälfte von ihnen lebt in einer Wohnung in Gebäuden mit weniger als 10 Wohneinheiten, ein gutes Fünftel in größeren Gebäudekomplexen mit 10 oder mehr Wohneinheiten.

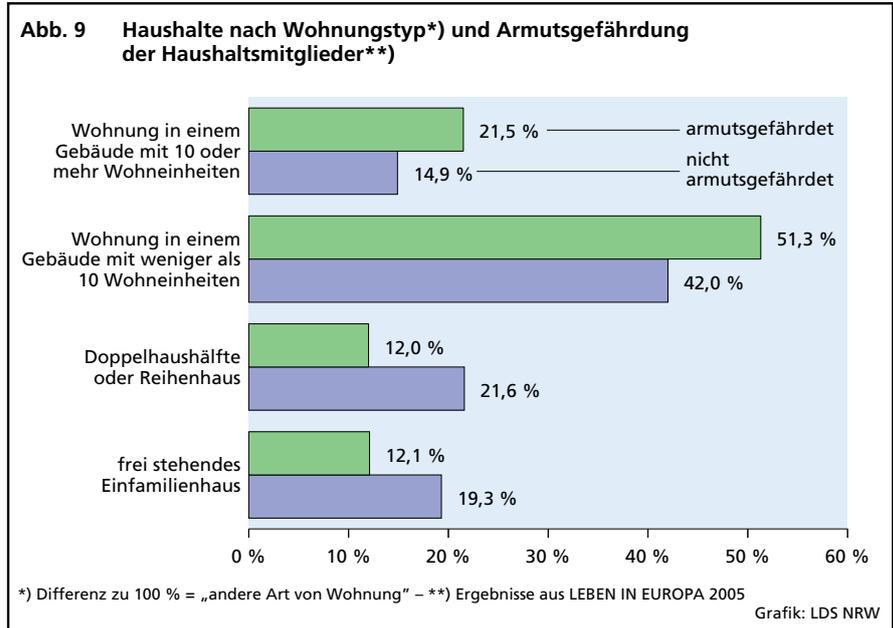
Armutsgefährdete Haushalte wohnen zudem deutlich seltener im eigenen Haus bzw. der eigenen Wohnung: Während knapp die Hälfte (47,4 %) der nicht armutsgefährdeten Haushalte über selbst genutztes



Es muss daher berücksichtigt werden, dass sich Personen, die nach dem Konzept relativer Einkommensarmut als armutsgefährdet gelten, sich nicht zwangsläufig „arm“ fühlen und solche, deren Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle liegt, ihre finanzielle Situation durchaus als problematisch empfinden können. Dies wird durch die Angaben der Haushalte hinsichtlich der Frage bestätigt, wie sie insgesamt mit dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen zurechtkommen.

Zwar ist deutlich zu erkennen, dass armutsgefährdete Haushalte¹⁴⁾ insgesamt deutlich häufiger Schwierigkeiten haben, mit ihrem Einkommen

alltäglichen Leben sowie Gesundheit und Arztbesuche angesprochen.



14) Wenn im Folgenden von armutsgefährdeten Haushalten die Rede ist, sind Haushalte gemeint, deren Mitglieder über ein Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle verfügen.

Wohneigentum verfügt, trifft dies nur für jeden vierten (24,3 %) armutsgefährdeten Haushalt zu. Zur Miete wohnen 50,6 % der nicht armutsgefährdeten und 72,2 % der armutsgefährdeten Haushalte¹⁵⁾. Der Anteil unter den zur Miete wohnenden Haushalten, die weniger als die marktübliche Miete zahlen, ist bei den einkommensarmen mit 23,1 % deutlich höher als bei den nicht einkommensarmen Haushalten (14,0 %).

Probleme mit der Wohnung und dem Wohnumfeld

Über die Art der Wohnung hinaus spielt eine Vielzahl von Faktoren eine Rolle für die Lebensqualität, die der Wohnraum bietet. Um herauszufinden, ob problematische Wohnbedingungen vorliegen, beinhaltet das Frageprogramm von LEBEN IN EUROPA auch Fragen zum Gebäude bzw. der Wohnung sowie der Wohnumgebung, wobei hier die subjektive Einschätzung der Haushalte maßgeblich ist.

Insgesamt betrachtet lässt sich festhalten, dass armutsgefährdete Haushalte häufiger Probleme mit ihrer Wohnung und ihrem Wohnumfeld haben als nicht armutsgefährdete Haushalte.

¹⁵⁾ Die Differenz der Summe von Eigentümern und Mietern zu 100 % stellt jeweils den Anteil der Haushalte dar, denen ihr Wohnraum mietfrei vom Eigentümer zur Verfügung gestellt wurde.

Lärmbelästigung – etwa durch Nachbarn, Verkehrslärm, Geschäfte oder Industrie – ist ein Problem, von dem nach eigener Auskunft mit 28,3 % ein beträchtlicher Anteil der nordrhein-westfälischen Haushalte betroffen ist. Während mehr als ein Drittel der armutsgefährdeten Haushalte über Lärmbelästigung in der Wohnung klagt, sind es bei den nicht armutsgefährdeten Haushalten mit einem guten Viertel deutlich weniger.

Mit Umweltverschmutzungen durch Verkehr oder Industrie in der Umgebung müssen insgesamt 27,7 % der Haushalte leben. Ein bemerkenswerter Unterschied zwischen einkommensarmen und nicht einkommensarmen Haushalten hinsichtlich dieser Problematik ist nicht festzustellen.

Anders sieht es bei der Frage nach Problemen mit Feuchtigkeit im Haus oder in der Wohnung aus, die von insgesamt 14,3 % aller Haushalte bejaht wird. Unter den armutsgefährdeten Haushalten ist gut jeder fünfte Haushalt (20,4 %) von derartigen Problemen betroffen, aber nur knapp jeder achte nicht armutsgefährdete Haushalt (12,8 %).

Schließlich fühlen sich einkommensarme Haushalte in ihrem Wohnumfeld häufiger unsicher: Insgesamt klagen 14,2 % aller Haushalte – und zwar 19,1 % der armutsgefährdeten und 13,0 % der nicht armutsgefähr-

deten – über Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus in der Umgebung.

Belastung durch Wohnkosten

Die Ausgaben, die insgesamt für das Wohnen geleistet werden müssen, verzehren in der Regel einen nicht unerheblichen Anteil des verfügbaren Haushaltseinkommens. So werden auch die Ausgaben, die insgesamt für das Wohnen geleistet werden müssen, von vier Fünfteln (80,4 %) und damit vom überwiegenden Teil aller Haushalte als Belastung empfunden. Bei den armutsgefährdeten Haushalten sind es mit 84,5 % etwas mehr als bei den nicht armutsgefährdeten mit 79,4 %. Allerdings ist der Anteil der Haushalte, die die Wohnkosten als *schwere* Belastung empfinden – insgesamt betrifft dies 20,0 % aller Haushalte –, bei den Haushalten, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle liegt, mit 28,1 % deutlich höher als bei den nicht armutsgefährdeten Haushalten mit 17,9 %.

4.2 Finanzielle Probleme im Alltag

LEBEN IN EUROPA enthält ein Spektrum von Fragen, die sich direkt auf das Vorhandensein finanzieller Probleme im Alltag beziehen, welche auf unterprivilegierte Lebenslagen hindeuten. Erwartungsgemäß zeigt sich, dass einkommensarme Haushalte deutlich häufiger mit Finanzproblemen zu kämpfen haben als nicht einkommensarme Haushalte.

Über ein Viertel aller Haushalte (27,0 %) verfügt über einen derart eingeschränkten finanziellen Handlungsspielraum, dass es ihnen nicht möglich ist, unerwartet anfallende Ausgaben – wie etwa die Reparaturkosten für eine defekte Waschmaschine – aus eigenen finanziellen Mitteln zu leisten. Bei den einkommensarmen Haushalten ist dieser Anteil mit 60,0 % mehr als doppelt so hoch wie bei allen Haushalten und mehr als dreimal so hoch wie bei nicht einkommensarmen Haushalten.

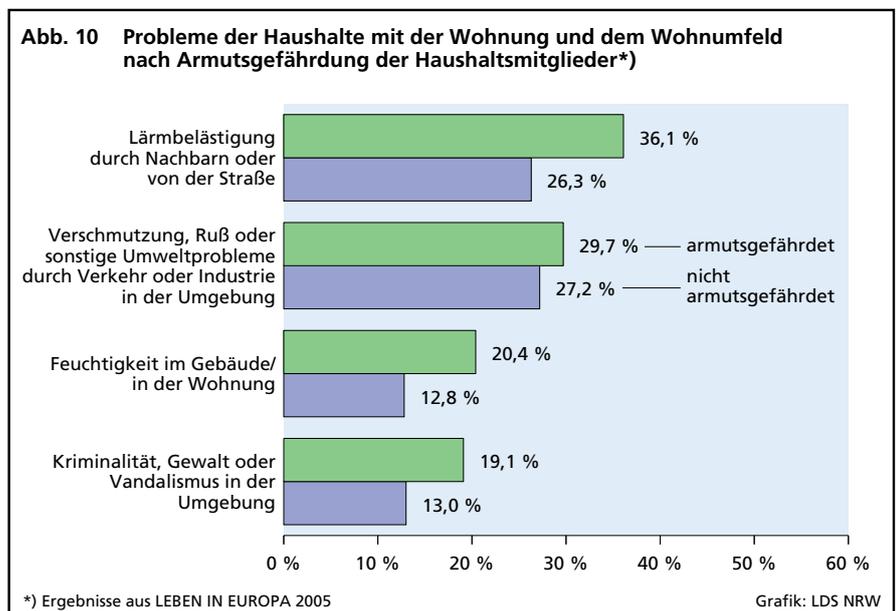
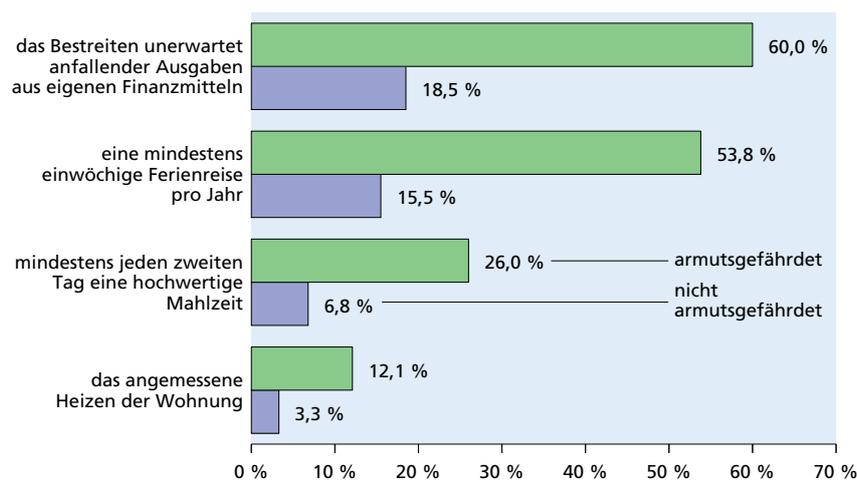


Abb. 11 Finanzielle Probleme der Haushalte im Alltag nach Armutsgefährdung der Haushaltsmitglieder*)



*) Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA 2005

Grafik: LDS NRW

Auch eine mindestens einwöchige Ferienreise im Jahr kann sich ein knappes Viertel (23,4 %) und damit ein erheblicher Teil aller Haushalte nicht leisten. Dabei ist jeder zweite armutsgefährdete Haushalt und gut jeder sechste nicht armutsgefährdeter Haushalt finanziell nicht in der Lage, einmal jährlich eine Woche Urlaub woanders als zu Hause zu verbringen.

An der Ernährung muss insgesamt über jeder zehnte Haushalt (10,8 %) sparen. Von den armutsgefährdeten Haushalten gibt sogar über ein Viertel an, dass es ihnen finanziell nicht möglich ist, sich mindestens jeden zweiten Tag eine Mahlzeit mit Fleisch, Geflügel oder Fisch bzw. eine hochwertige vegetarische Mahlzeit zu leisten.

Die finanziellen Mittel um die eigene Wohnung angemessen heizen zu können, kann mit 5,1 % ein nur relativ geringer Anteil aller Haushalte nicht erübrigen. Bei den armutsgefährdeten Haushalten trifft dies allerdings für 12,1 % und damit für jeden achten Haushalt zu.

Weiterhin wird in LEBEN IN EUROPA der aus finanziellen Gründen erzwungene Verzicht auf langlebige Gebrauchsgüter erfragt. Während die Ausstattung mit Telefon und Farbfernseher für nur wenige Haushalte ein finanzielles Problem darstellt, muss etwa je ein Zehntel aller Haushalte aus finanziellen Gründen auf die Anschaffung eines Computers (9,3 %) oder ei-

nes PKW (10,7 %) verzichten. Auch hier sind die einkommensarmen Haushalte deutlich schlechter gestellt: Auf einen Computer muss mit 18,6 % annähernd jeder fünfte, auf einen PKW sogar jeder vierte (25,7 %) armutsgefährdeter Haushalt verzichten. Von den nicht armutsgefährdeten Haushalten geben dagegen jeweils nur 6,9 % an, aus finanziellen Gründen keinen Computer oder keinen PKW zu besitzen.

4.3 Gesundheitliche Situation und Gesundheitsversorgung

Ein weiterer Themenkomplex in LEBEN IN EUROPA beschäftigt sich mit der Selbsteinschätzung der gesundheitlichen Situation, Einschränkungen des alltäglichen Lebens durch gesundheitliche Beschwerden sowie der Wahrnehmung notwendiger Arztbesuche. Zu diesem Thema wurden alle Personen im Alter von 16 und mehr Jahren befragt.

Bei der Gegenüberstellung der Angaben armutsgefährdeter und nicht armutsgefährdeter Personen muss berücksichtigt werden, dass zwischen der Einkommenssituation und der gesundheitlichen Lage wechselseitige Zusammenhänge bestehen können. Ein schlechter Gesundheitszustand kann zu einer Einschränkung der eigenen Erwerbsmöglichkeiten – oder ggf. auch der Erwerbsmöglichkeiten betreuender Haushaltsmitglieder – und damit zu ei-

nem geringeren Äquivalenzeinkommen führen. Andererseits ist es möglich, dass die eigene Gesundheit aufgrund eines geringen Einkommens vernachlässigt oder beeinträchtigt wird.

Selbsteinschätzung des Gesundheitszustandes

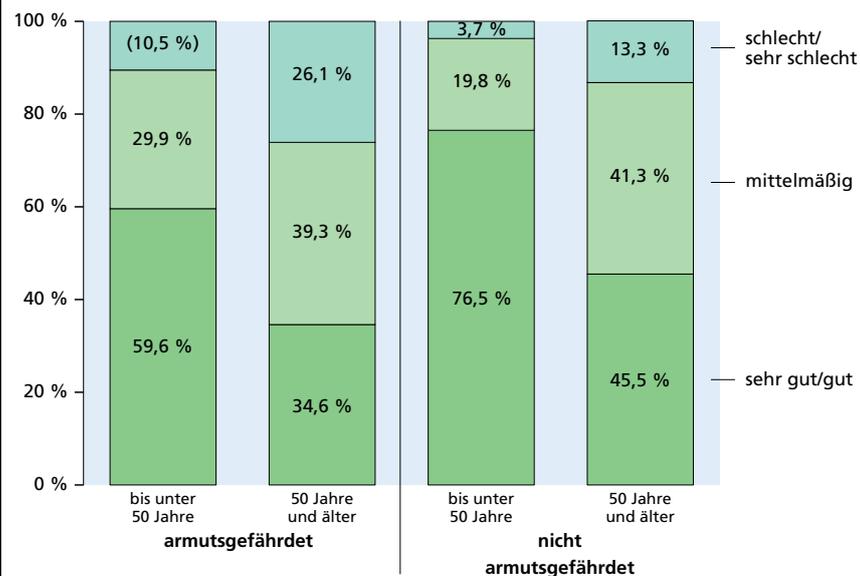
Der Gesundheitszustand wird im Rahmen von LEBEN IN EUROPA auf Basis subjektiver Bewertung erhoben, im Vordergrund stehen somit keine ärztlichen Befunde, sondern die Selbsteinschätzung der Befragten.

Insgesamt schätzen 59,9 % aller Personen ab 16 Jahren ihren gesundheitlichen Zustand als gut oder sehr gut ein, 30,6 % beschreiben ihn als mittelmäßig und 9,5 % als schlecht oder sehr schlecht. Armutsgefährdete Menschen kommen hierbei zu einem schlechteren Ergebnis als nicht armutsgefährdete: Mit 48,0 % beurteilen weniger als die Hälfte der von relativer Einkommensarmut Betroffenen ihre Gesundheit als gut oder sehr gut, bei nicht armutsgefährdeten Personen sind es mit 61,8 % deutlich mehr. Demgegenüber stufen 17,7 % der Armutsgefährdeten ihren Gesundheitszustand als schlecht oder sehr schlecht ein, aber nur 8,2 % der nicht Armutsgefährdeten. Die Unterteilung in die Altersgruppen unter 50 Jahren und ab 50 Jahren zeigt, dass die Unterschiede in der Tendenz sowohl bei den Jüngeren wie bei den Älteren vorhanden, aber in der Gruppe der unter 50-Jährigen noch deutlicher ausgeprägt sind.

Unter einer chronischen Krankheit¹⁶⁾ leiden nach eigenen Angaben insgesamt 35,7 % der Befragten. Auch hier zeigt sich der insgesamt schlechtere Gesundheitszustand einkommensarmer Personen: Von ihnen geben 45,2 % an, chronisch erkrankt zu sein, bei den nicht einkommensarmen sind es mit 34,3 % deutlich weniger.

¹⁶⁾ Unter chronischen Krankheiten werden hier Erkrankungen verstanden, die lang andauernd oder permanent vorhanden sind und ständiger Behandlung oder Kontrolle bedürfen.

Abb. 12 Beurteilung des eigenen Gesundheitszustandes nach Armutsgefährdung und Altersgruppen)**



*) nur Personen im Alter von 16 und mehr Jahren – **) Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA 2005 Grafik: LDS NRW

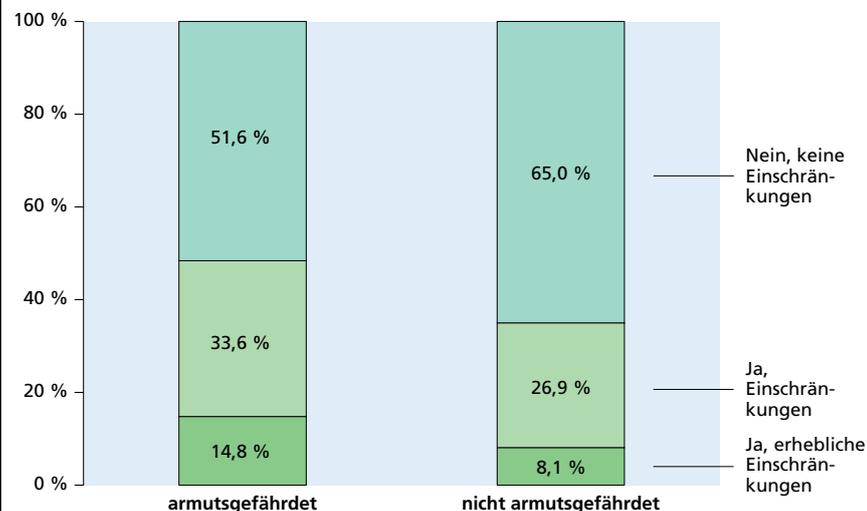
Einschränkungen der alltäglichen Lebensführung durch gesundheitliche Beschwerden

Gesundheitliche Beschwerden können die Teilhabe der Betroffenen am alltäglichen Leben empfindlich einschränken und damit zur sozialen Ausgrenzung beitragen. Daher wird in LEBEN IN EUROPA – unabhängig von der Einschätzung des Gesundheitszustandes und dem Vorliegen einer chronischen Krankheit – gefragt, ob länger andauernde (über einen Zeitraum von mindestens sechs Monaten) Gesundheitsbeschwerden

vorliegen, die Einschränkungen bzw. starke Einschränkungen der täglichen Aktivitäten nach sich ziehen.

Insgesamt berichtet über ein Drittel (36,8 %) aller Befragten von seit mindestens sechs Monaten andauernden Einschränkungen durch gesundheitliche Beschwerden, 9,0 % klagen sogar über schwere Einschränkungen. Analog zur schlechteren Einschätzung ihres Gesundheitszustands und zum häufigeren Vorliegen chronischer Krankheiten sind armutsgefährdete Personen auch häufiger durch gesundheitliche Probleme in ihrem Alltagsle-

Abb. 13 Einschränkungen durch gesundheitliche Beschwerden (seit mindestens 6 Monaten) nach Armutsgefährdung)**



*) nur Personen im Alter von 16 und mehr Jahren – **) Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA 2005 Grafik: LDS NRW

ben eingeschränkt. 48,4 % der Einkommensarmen gegenüber 35,0 % der nicht Einkommensarmen klagen über derartige Beeinträchtigungen. Noch deutlicher ist der Unterschied beim Vorliegen erheblicher Einschränkungen durch gesundheitliche Beschwerden, hiervon sind 14,8 % der Armutsgefährdeten und 8,1 % der nicht Armutsgefährdeten betroffen.

Verzicht auf notwendige Arzt- bzw. Zahnarztbesuche aus finanziellen Gründen

Im Rahmen der Gesundheitsreform im Jahr 2004 sind die Zuzahlungen für zahlreiche Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung angestiegen. Neben der Einführung der Praxisgebühr wurden u. a. die Zuzahlungen der Versicherten zu Arznei-, Heil- und Hilfsmitteln erhöht. LEBEN IN EUROPA untersucht, inwieweit Personen mit einem Einkommen unter der Armutsgefährdungsgrenze aus finanziellen Gründen auf Arzt- oder Zahnarztbesuche verzichten.

Arztbesuche

Von allen Personen ab 16 Jahren geben 15,9 % an, in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung auf einen eigentlich notwendigen Arztbesuch verzichtet zu haben. Dieser Anteil liegt bei den Armutsgefährdeten mit 29,2 % erheblich höher als bei nicht armutsgefährdeten Personen (13,9 %). Als Begründung werden am häufigsten die mit der Untersuchung oder Behandlung anfallenden Kosten genannt: Über ein Drittel (35,8 %) aller Betroffenen gibt an, aus finanziellen Gründen auf das Aufsuchen eines Arztes bzw. einer Ärztin verzichtet zu haben. Bei den betroffenen Armutsgefährdeten konnten sich sogar 58,6 % einen erforderlichen Arztbesuch nicht leisten, bei den nicht betroffenen nicht Armutsgefährdeten trifft dies immerhin noch für 28,6 % zu.

Bezogen auf die Gesamtheit der Befragten sind somit insgesamt 5,7 % in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung mindestens einmal aus Kostengründen nicht zum Arzt

gegangen, dies betrifft 17,1 % aller armutsgefährdeten und 4,0 % der nicht armutsgefährdeten Personen.

Zahnarztbesuche

Einen eigentlich notwendigen Zahnarztbesuch haben insgesamt 12,7 % der über 16-Jährigen innerhalb der letzten 12 Monate vor der Befragung nicht wahrgenommen, wobei dies für knapp jede vierte armutsgefährdete Person (24,0 %) und für gut jede zehnte nicht armutsgefährdete Person (11,0 %) zutrifft. Bei der Vermeidung von Zahnarztbesuchen spielen finanzielle Gründe eine erheblich größere Rolle als bei nicht erfolgten Besuchen von Ärzten anderer Fachrichtungen: Knapp die Hälfte der Betroffenen (49,4 %) gibt an, die eigentlich erforderliche zahnärztliche Untersuchung bzw. Behandlung aus Kostengründen vermieden zu haben, bei den Einkommensarmen sind es sogar 70,8 %, bei den nicht Einkommensarmen 42,2 %.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass 6,2 % aller Personen ab 16 Jahren innerhalb der letzten 12 Monate vor der Erhebung mindestens einen notwendigen Zahnarztbesuch aus Kos-

tengründen nicht wahrgenommen haben, und zwar 16,9 % der Armutsgefährdeten und 4,6 % der nicht Armutsgefährdeten.

Die Ergebnisse von LEBEN IN EUROPA weisen darauf hin, dass finanzielle Überlegungen eine nicht unerhebliche Rolle bei der Entscheidung spielen, notwendige ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Bezogen auf alle Personen, die erforderliche Arzt- oder Zahnarztbesuche nicht wahrgenommen haben, wurden am häufigsten finanzielle Gründe genannt. Personen mit einem Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle sehen sich häufiger nicht in der Lage, die mit einem Arztbesuch verbundenen Kosten zu tragen.

5 Fazit

Die in diesem Beitrag vorgestellten Ergebnisse des ersten Erhebungsdurchgangs von LEBEN IN EUROPA für das Land NRW zeigen sowohl wesentliche Ursachen als auch Auswirkungen von relativer Einkommensarmut auf. Es wird deutlich, dass Menschen, die nach dem hier zugrunde gelegten europäischen Konzept als armutsgefährdet gelten,

in wesentlichen Lebensbereichen häufiger benachteiligt sind als nicht armutsgefährdete Menschen. Allerdings zeigt sich auch, dass das Vorliegen relativer Einkommensarmut zwar ein wichtiger, aber keinesfalls ein hinreichender Indikator für unterprivilegierte Lebenslagen ist. Einerseits kann eine isolierte Betrachtung des Einkommens nicht die gesamte finanzielle Situation und damit auch nicht direkt die finanziellen Handlungsspielräume abbilden. Weiterhin ist über die rein finanzielle Lage hinaus die Einbeziehung einer Vielzahl weiterer Faktoren für die Beschreibung der Lebensbedingungen von Menschen und ihrer Möglichkeiten zur sozialen Teilhabe erforderlich. Diesen Umständen versucht LEBEN IN EUROPA durch die Einbeziehung von subjektiven Einschätzungen der Bevölkerung – sowohl im Hinblick auf ihre finanzielle Situation als auch in Bezug auf wesentliche Lebensbereiche wie Wohnen und Gesundheit – Rechnung zu tragen. Die Ergebnisse der Erhebungen der Folgejahre werden über die Bestandsaufnahme von Armutsgefährdung und Lebensbedingungen in NRW hinaus auch Aussagen über deren Entwicklung ermöglichen.

Neue Zuwanderergruppen in NRW – sozialstrukturelle Merkmale und Arbeitsmarktintegration

Dr. Wolfgang Seifert

Im Folgenden wird untersucht, wie sich die seit 2000 nach NRW gekommenen Zuwanderinnen und Zuwanderer im Vergleich zu früheren Kohorten in den Arbeitsmarkt integrieren. Dabei zeigen sich drei zentrale Merkmale: Neu Zugewanderte sind jung und der Frauenanteil überwiegt. Neu Zugewanderte weisen eine sehr hohe Bildungsbeteiligung auf. Trotz eines insgesamt höheren durchschnittlichen Bildungsgrades als bei früheren Zuwanderinnen und Zuwanderern zeigen sich erhebliche Probleme bei der Arbeitsmarktintegration, dies gilt insbesondere für Ältere und gering Qualifizierte.

1 Einleitung

Die Zuwanderung nach Deutschland ist traditionell durch die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte in der Zeit zwischen dem ersten Anwerbevertrag mit Italien 1955 und dem Anwerbestopp 1973 geprägt worden (Meier-Braun 2005). Zum Teil sind die früheren Anwerbeländer auch heute noch wichtige Zuwanderungsländer wie z. B. die Türkei. Die Türkei ist das zweitwichtigste Herkunftsland von Zuwanderinnen und Zuwanderern nach NRW. Mit 10 100 Zugewanderten im Jahr 2005 stellen sie 8 % der Zugewanderten. Wichtigstes Herkunftsland ist mittlerweile Polen mit 32 900 Zuwanderinnen und Zuwanderern jährlich. Dies entspricht 28,9 % der Zuwanderung des Jahres 2005 nach NRW. Im Vergleich zur Phase der Arbeitskräfteanwerbung hat sich Zuwanderung diversifiziert, d. h., sie kommt nicht mehr wie früher aus wenigen Hauptherkunftsländern, sondern aus einer Vielzahl von Staaten. Allerdings stammt die große Mehrzahl der Zuwanderinnen und Zuwanderer aus Europa. 76,3 % der 2005 Zugewanderten kamen aus einem europäischen Land, 51,0 % sind aus einem Land der EU zugewandert (LDS NRW 2007).

Während der Zeit der Anwerbephase kamen vor allem Arbeitskräfte mit geringen Qualifikationen nach Deutschland. Dies lag einerseits an dem spezifischen Arbeitskräftebedarf in der Schwerindustrie und der industriellen Massenfertigung, andererseits an der Befristung des Auf-

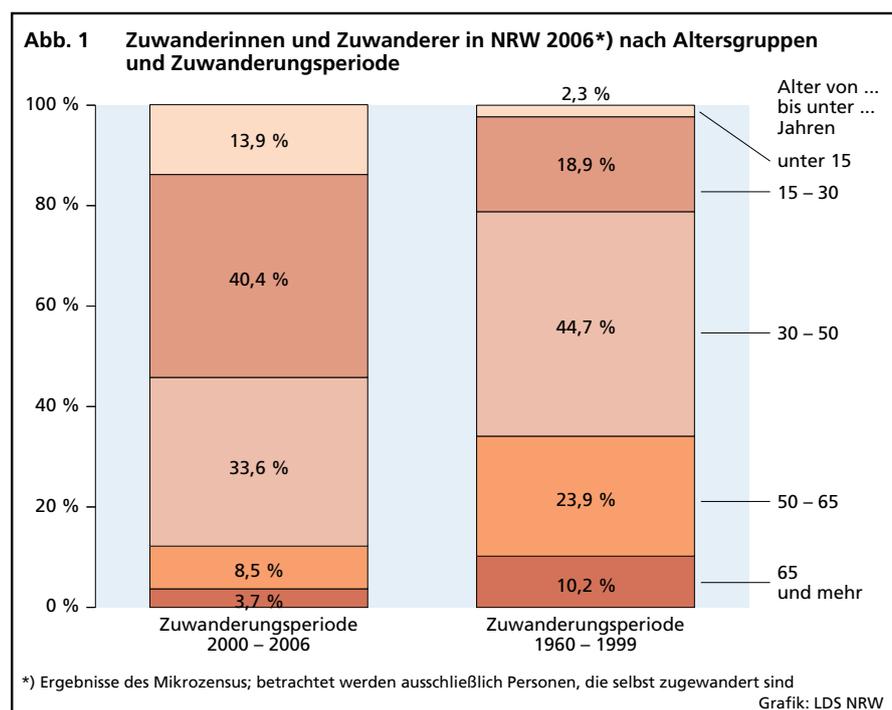
enthalts, der eine innerbetriebliche Qualifikation oder längere Einarbeitungszeit aus der Sicht der Industrie als unrentabel erscheinen ließ. Entsprechend gliederten sich die Zuwanderinnen und Zuwanderer der 1960er- und frühen 1970er-Jahre in die unteren Ebenen der Arbeitsmarkthierarchie ein (Seifert 2000).

Die gegenwärtige Struktur der Zugewanderten unterscheidet sich nicht nur im Hinblick auf die Herkunftsländer von der der Anwerbephase, Zugewanderte weisen auch eine andere Bildungsstruktur, andere Wandermotive und unterschiedliche soziodemografische Merkmale auf. Im Folgenden wird gezeigt, wie sich neue Zuwanderergruppen von frü-

her Zugewanderten unterscheiden. Dabei werden diejenigen, die zwischen dem Jahr 2000 und 2006 über die Bundesgrenzen nach NRW zugezogen sind, als neue Zuwanderinnen und Zuwanderer bezeichnet. Diese Gruppe umfasst rund 448 000 Personen. Die Vergleichsgruppe hierzu bilden die zwischen 1960 und 1999 Zugewanderten. Personen, die in Deutschland geboren sind, d. h. die zweite Generation, werden hier nicht betrachtet. Die Datenbasis für die folgenden Analysen ist der Mikrozensus 2006.

2 Soziodemografische Merkmale

Da hier nur Personen betrachtet werden, die selbst gewandert sind, liegt der Anteil der Kinder bei den vor längerer Zeit Zugewanderten mit 2,3 % deutlich niedriger als bei den neuen Zuwanderergruppen, von denen 13,9 % im Alter von unter 15 Jahren sind. Insgesamt weisen die neuen Zuwanderergruppen eine jün-



gere Altersstruktur auf. 40,4 % sind in der Altersgruppe der 15- bis unter 30-Jährigen im Vergleich zu 18,9 % bei den älteren Zuwanderergruppen. Ein Drittel der neuen Zuwanderergruppen sind 30 bis unter 50 Jahre alt (33,6 %), bei den älteren Zuwanderergruppen sind es 44,7 %. Bei den höheren Altersgruppen sind sie entsprechend unterrepräsentiert. Somit trägt Zuwanderung zur Verjüngung der Bevölkerungsstruktur insgesamt bei.

Zuwanderung nach NRW wird mittlerweile stärker von Frauen geprägt als von Männern. 53,8 % der neuen Zuwanderergruppen sind Frauen. Bei den älteren Zuwanderergruppen liegt der Frauenanteil bei 49,3 %.

Der Vergleich mit der eingangs erwähnten Zuwanderungsstatistik nach Herkunftsländern kann mit der aktuellen Staatsangehörigkeit des Jahres 2006 nicht in Deckung gebracht werden. In der Zuwanderungsstatistik werden auch viele kurzfristige Aufenthalte erfasst, sodass ein Teil der in der Zuwanderungsstatistik erfassten Migrantinnen und Migranten das Land bereits wieder verlassen haben. Außerdem hat ein nicht unbeträchtlicher Teil der Zuwanderinnen und Zuwanderer aus dem Ausland 2006 bereits die deutsche Staatsbürgerschaft. Dies trifft auf 18,5 % der neuen Zuwanderergruppen zu. Dabei dürfte es sich überwiegend um Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler handeln. Zu kleineren Teilen können auch Eingebürgerte und im Ausland geborene, zugewanderte Deutsche darunter sein. Bei den vor 2000 Zugewanderten hat knapp die Hälfte die deutsche Staatsbürgerschaft. 18,2 % der neuen Zuwanderinnen und Zuwanderer stammen aus einem der ehemaligen Anwerbeländer¹⁾, weitere 8,7 % aus sonstigen westeuropäischen Ländern und 29,0 % aus Osteuropa. Nord- und Südamerika hat mit einem Anteil von 3,2 % einen geringen Anteil an der neuen Zuwanderung, Afrika

1) Anwerbeverträge bestanden mit Italien, Griechenland, Spanien, Portugal, der Türkei und Jugoslawien. Darüber hinaus wurden auch Anwerbeverträge mit Marokko und Tunesien geschlossen. Da aus diesen beiden Ländern jedoch kaum Arbeitskräfte angeworben wurden, werden sie hier nicht zu den ehemaligen Anwerbeländern gezählt.

1. Zuwanderinnen und Zuwanderer in NRW 2006*) nach Zuwanderungsperiode und Staatsangehörigkeit		
Staatsangehörigkeit	Zuwanderungsperiode	
	2000 – 2006	1960 – 1999
	%	
Zuwanderinnen und Zuwanderer insgesamt	100	100
davon (aus)		
mit deutscher Staatsangehörigkeit	18,5	48,1
Westeuropa ¹⁾	8,7	4,0
ehem. Anwerbeländern ²⁾	18,2	31,4
Osteuropa	29,0	8,7
Afrika	5,4	2,1
Amerika	3,2	1,1
Asien	17,0	4,6

*) Ergebnisse des Mikrozensus; betrachtet werden ausschließlich Personen, die selbst zugewandert sind. – 1) ohne ehem. Anwerbeländer (s. Fußnote 2) – 2) Zu den ehem. Anwerbeländern zählen Bosnien und Herzegowina, ehem. Jugoslawien, Griechenland, Italien, Kroatien, Portugal, Serbien und Montenegro, Slowenien, Spanien und Türkei.

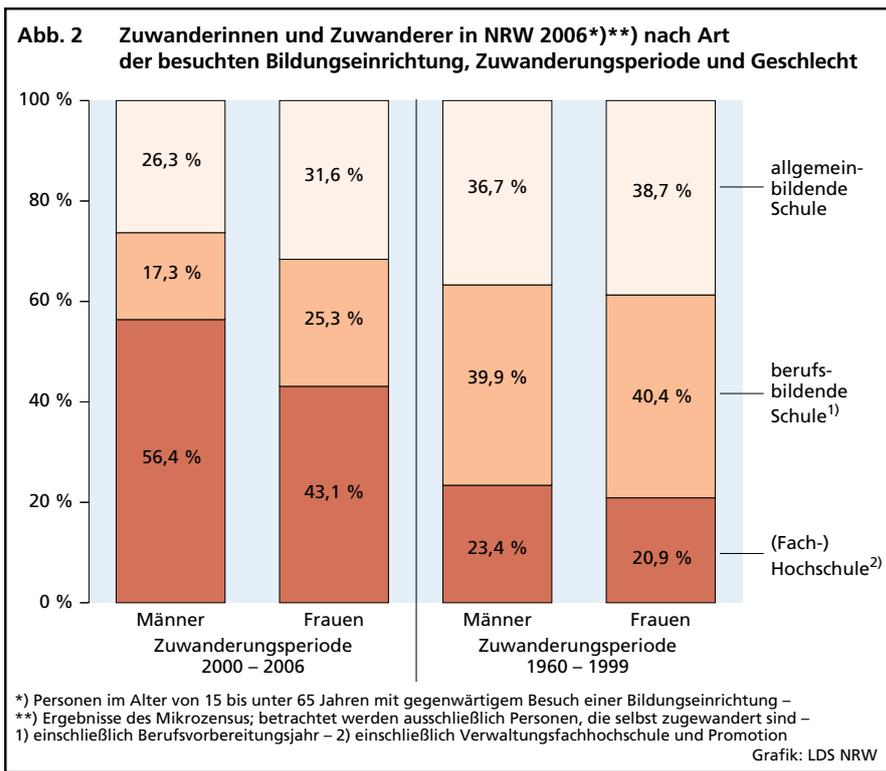
ist mit 5,4 % eine bedeutsamere Herkunftsregion. Das wichtigste nichteuropäische Herkunftsgebiet ist jedoch Asien mit einem Anteil von 17,0 %. Im Vergleich zu den früheren Zuwanderungsgruppen haben die nichteuropäischen Regionen an Bedeutung gewonnen. Dies gilt auch für Osteuropa. Die früheren Anwerbeländer verlieren dagegen an Bedeutung.

3 Ausbildung und Qualifikation

3.1 Ausbildung

Berufliche Qualifizierung und die Aufnahme eines Studiums sind wich-

tige Wandermotive. 21,8 % der zwischen 2000 und 2006 zugewanderten Männer im erwerbsfähigen Alter befanden sich 2006 in irgendeiner Form der Ausbildung bzw. studierten. Bei Frauen lag dieser Wert bei 18,0 %. Von den Männern, die in Ausbildung sind, besuchen 56,4 % eine Hochschule. 17,3 % sind in einer beruflichen Ausbildung und weitere 26,3 % besuchen eine allgemeinbildende Schule. Von den Frauen in Ausbildung besuchen 43,1 % eine Universität. Ein Viertel besucht eine berufsbildende Schule und weitere 31,6 % eine allgemeinbildende Schule.



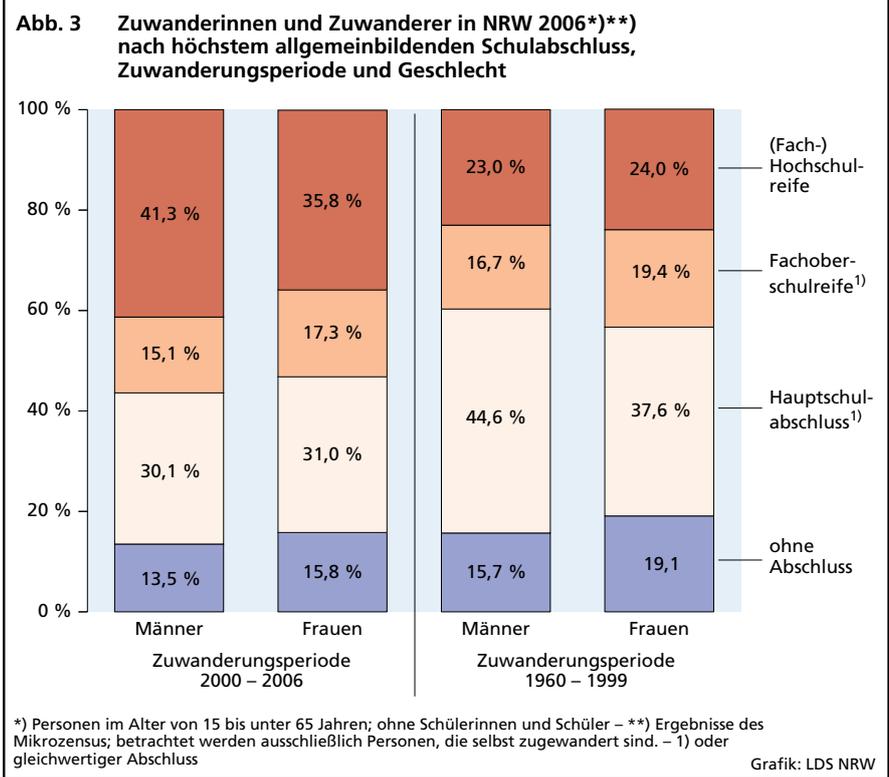
3.2 Allgemeinbildende Abschlüsse²⁾

Wird die Bildungsstruktur der Männer betrachtet, die keine allgemein- oder berufsbildende Schule mehr besuchen, so zeigt sich bei den neuen Zuwanderern ein deutlich höherer Bildungsgrad, als dies bei der Gruppe mit längerer Aufenthaltsdauer der Fall ist. 41,3 % der neuen männlichen Zuwanderer verfügen über die (Fach-)Hochschulreife, bei der Gruppe mit längerer Aufenthaltsdauer sind es 23,0 %. Während 13,5 % der neu zugewanderten Männer ohne Abschluss sind, trifft dies bei der Gruppe mit längerer Aufenthaltsdauer auf 15,7 % zu. Einen Hauptschulabschluss haben 44,6 % der Gruppe mit längerer Aufenthaltsdauer, bei den neuen Zuwanderergruppen sind es lediglich 30,1 %.

Neu zugewanderte Frauen haben mit einem Anteil von 35,8 % seltener die (Fach-)Hochschulreife als Männer. Mit einem Anteil von 15,8 % bleiben sie auch häufiger ohne allgemeinbildenden Abschluss als Männer. Im Vergleich zu Frauen mit längerer Aufenthaltsdauer weisen sie jedoch eine günstigere Bildungsstruktur auf. Allerdings ist bei Frauen mit längerer Aufenthaltsdauer der Anteil derer mit (Fach-)Hochschulreife (24,0 %) sogar etwas höher als bei Männern.

Differenziert nach dem Alter kann erwartet werden, dass in den jüngeren Altersgruppen höhere Abschlüsse häufiger sind. Dies gilt für neu zugewanderte Männer in weit stärkerem Maße als für die bereits vor dem Jahr 2000 zugewanderten. 45,0 % der neu zugewanderten Männer in der Altersgruppe 15 bis unter 30 Jahre, die keine Schule mehr besuchen, haben die (Fach-)Hochschulreife, bei den vor dem Jahr 2000 zugewanderten sind es lediglich 29,5 %. Allerdings ist der Anteil derer, die ohne Schulabschluss bleiben, bei den neu zugewanderten Männern dieser Altersgruppe mit 16,2 % höher als bei den bereits vor dem Jahr 2000 zugewanderten (10,1 %). Die 30- bis un-

2) Zum schulischen Erfolg von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund vgl. Bellenberg et al. 2004, Herwartz-Emden 2003, Klemm 2004, Kristen 2004 und Lander, Seifert 2006.



ter 50-jährigen Männer unterscheiden sich in ihrer Bildungsstruktur nur wenig von der jüngeren Altersgruppe. 42,1 % verfügen über die (Fach-)Hochschulreife, der Anteil derer ohne Abschluss ist mit 12,7 % sogar kleiner als bei der jüngeren Altersgruppe. Bei den vor 2000 zugewanderten Männern weisen die 30- bis unter 50-Jährigen einen durchschnittlich niedrigeren Bildungsgrad

auf. 22,9 % verfügen über die (Fach-)Hochschulreife im Vergleich zu 29,5 % der jüngeren vor dem Jahr 2000 zugewanderten Männer. 50- bis unter 65-jährige Männer weisen bei neu als auch früher Zugewanderten einen durchschnittlich niedrigeren Bildungsgrad auf als jüngere Männer. Lediglich 23,1 % der neu zugewanderten und 19,5 % der vor dem Jahr 2000 zugewanderten Män-

2. Zuwanderinnen und Zuwanderer in NRW 2006) nach Geschlecht, Altersgruppen, Zuwanderungsperiode und höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss**

Höchster allgemeinbildender Schulabschluss	Männer			Frauen		
	im Alter von ... bis unter ... Jahren					
	15 – 30	30 – 50	50 – 65	15 – 30	30 – 50	50 – 65
%						
Zuwanderungszeitraum 2000 – 2006						
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
davon						
ohne Abschluss	16,2	12,7	6,3	14,0	18,6	11,9
Hauptschulabschluss ¹⁾	24,3	30,6	51,7	28,8	30,4	41,6
Fachoberschulreife ¹⁾	14,5	14,6	18,9	15,9	19,7	13,3
(Fach-)Hochschulreife	45,0	42,1	23,1	41,3	31,3	33,3
Zuwanderungszeitraum 1960 – 1999						
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
davon						
ohne Abschluss	10,1	14,3	21,6	10,3	16,9	27,4
Hauptschulabschluss ¹⁾	40,1	45,2	46,0	28,2	39,6	38,7
Fachoberschulreife ¹⁾	20,3	17,6	12,9	29,1	19,8	13,7
(Fach-)Hochschulreife	29,5	22,9	19,5	32,4	23,7	20,2

*) Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren; ohne Schüler/-innen – **) Ergebnisse des Mikrozensus; betrachtet werden ausschließlich Personen, die selbst zugewandert sind. – 1) oder gleichwertiger Abschluss

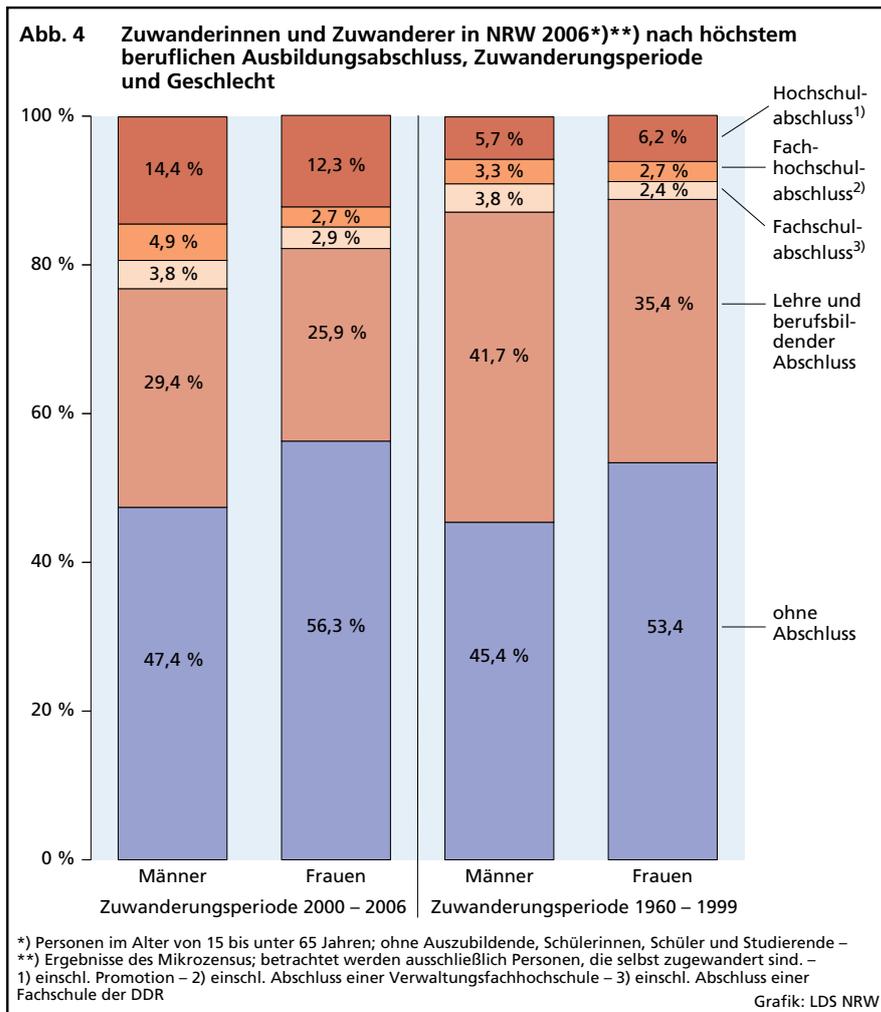
ner verfügen über die (Fach-)Hochschulreife. Auffallend ist jedoch, dass mit 6,3 % bei den neu zugewanderten Männern nur ein sehr kleiner Teil über keinen allgemeinbildenden Schulabschluss verfügt.

Frauen, die vor dem Jahr 2000 zugezogen sind, verfügen in allen Altersgruppen häufiger über die (Fach-)Hochschulreife als die entsprechende Gruppe der Männer. Bei den neu zugewanderten Frauen ist dies nur in der Altersgruppe der 50- bis unter 65-jährigen Frauen der Fall. Ein Drittel von ihnen hat die (Fach-)Hochschulreife und somit ein deutlich höherer Anteil als bei Männern (23,1 %). Bei den beiden anderen Altersgruppen haben neu zugewanderte Männer häufiger die (Fach-)Hochschulreife als Frauen. Besonders deutlich ist der Unterschied bei den 30- bis unter 50-jährigen neu Zugewanderten. Hier haben 31,3 % der Frauen die (Fach-)Hochschulreife im Vergleich zu 42,1 % der Männer.

3.3 Berufsbildende Abschlüsse

Werden die berufsbildenden Abschlüsse – wiederum zunächst der Männer – betrachtet, so zeigt sich, dass bei den Männern, die nicht mehr in schulischer oder beruflicher Ausbildung stehen, die neu Zugewanderten mit 47,4 % sogar zu einem etwas höheren Anteil ohne beruflichen Bildungsabschluss sind, als dies bei der Gruppe mit längerer Aufenthaltsdauer der Fall ist. Aufgrund der Struktur der allgemeinbildenden Abschlüsse hätte ein höherer Anteil mit beruflichen Bildungsabschlüssen erwartet werden können. Dennoch weisen die neuen Zuwanderer mit einem Anteil von 14,4 % deutlich häufiger einen Hochschulabschluss auf, als dies bei den früher Zugewanderten der Fall ist (5,7 %).

Neu zugewanderte Frauen sind etwas häufiger ohne beruflichen Bildungsabschluss als früher zugewanderte Frauen. Im Vergleich zu Männern bleiben Frauen ebenfalls häufiger ohne beruflichen Bildungsabschluss. 56,3 % der neu zugewander-



ten Frauen haben keinen beruflichen Bildungsabschluss. Auch für Frauen gilt, dass die neue Zuwanderergruppe häufiger einen Hochschulabschluss aufweist als früher Zugewanderte, allerdings fallen die Unterschiede nicht ganz so deutlich aus wie bei Männern. 12,3 % der neu zugewanderten Frauen haben einen Hochschulabschluss, bei den früher zugewanderten sind es 6,2 %.

Differenziert nach dem Alter zeigt sich, dass jüngere Frauen und Männer – mit Ausnahme der vor 2000 zugewanderten Frauen – häufiger keinen beruflichen Ausbildungsabschluss haben als die mittlere Altersgruppe. Zwar werden hier nur Personen betrachtet, die nicht mehr in einer schulischen und beruflichen Ausbildung stehen, dennoch ist es denkbar, dass zum Teil Abschlüsse zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden. 60,4 % der neu zugewanderten Männer im Alter von 15 bis unter 30 Jahren und 54,1 % der vor dem Jahr 2000 zugewanderten sind

ohne beruflichen Abschluss. Sofern ein Abschluss vorhanden ist, dominiert bei den vor 2000 zugewanderten Männern dieser Altersgruppe die Lehre bzw. ein gleichwertiger Abschluss (41,3 %), während dies bei neu zugewanderten Männern eher selten der Fall ist (22,4 %). Letztere haben dagegen deutlich öfter einen Fachhochschulabschluss (4,0 %) bzw. einen Hochschulabschluss (11,6 %).

Die 30- bis unter 50-jährigen Männer weisen jeweils die günstigste berufliche Bildungsstruktur auf. Lediglich 38,8 % der neu zugewanderten Männer und 42,5 % der vor dem Jahr 2000 zugewanderten sind ohne beruflichen Bildungsabschluss. Die Bildungsstruktur der 50- bis unter 65-jährigen Männer fällt kaum ungünstiger aus. 40,7 % der neu zugewanderten Männer sind ohne beruflichen Bildungsabschluss, bei den vor 2000 zugewanderten sind es 46,7 %.

Frauen bleiben in allen Altersgruppen häufiger ohne berufsbildenden

3. Zuwanderinnen und Zuwanderer in NRW 2006**)**) nach Geschlecht, Altersgruppen, Zuwanderungsperiode und höchstem beruflichen Bildungsabschluss						
Höchster beruflicher Bildungsabschluss	Männer			Frauen		
	im Alter von ... bis unter ... Jahren					
	15 - 30	30 - 50	50 - 65	15 - 30	30 - 50	50 - 65
%						
Zuwanderungszeitraum 2000 - 2006						
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
davon						
ohne Abschluss	60,4	38,8	40,7	63,9	52,5	46,4
Lehre und berufsqualifizierender Abschluss	22,4	34,2	32,7	20,7	28,6	32,4
Fachschulabschluss ¹⁾	1,5	5,0	6,7	1,9	2,9	6,1
Fachhochschulabschluss ²⁾	4,0	5,9	4,1	2,3	2,0	6,3
Hochschulabschluss ³⁾	11,6	16,3	15,8	11,2	14,1	8,8
Zuwanderungszeitraum 1960 - 1999						
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
davon						
ohne Abschluss	54,1	42,5	46,7	49,3	50,7	60,0
Lehre und berufsqualifizierender Abschluss	41,3	44,0	37,6	44,9	37,3	27,6
Fachschulabschluss ¹⁾	0,7	4,0	5,0	1,1	2,6	2,7
Fachhochschulabschluss ²⁾	2,1	3,6	3,5	2,1	2,5	3,1
Hochschulabschluss ³⁾	1,9	5,9	7,2	2,5	6,8	6,7

*) Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren; ohne Auszubildende, Schülerinnen, Schüler und Studierende - **) Ergebnisse des Mikrozensus; betrachtet werden ausschließlich Personen, die selbst zugewandert sind. - 1) einschl. Abschluss einer Fachschule der DDR - 2) einschl. Abschluss einer Verwaltungsfachhochschule - 3) einschl. Promotion

Abschluss als Männer. Eine Ausnahme stellen lediglich die 15- bis unter 30-jährigen Frauen dar, die vor dem Jahr 2000 zugewandert sind. Mit 49,3 % sind in dieser Altersgruppe weniger Frauen ohne beruflichen Abschluss als Männer (54,1 %). Bei den Hochschulabschlüssen sind die Unterschiede hingegen gering. Lediglich bei den neu zugewanderten Frauen in der Altersgruppe von 50 bis unter 65 Jahren ist der Anteil derer mit Hochschulreife mit 8,8 % deutlich niedriger als bei Männern der entsprechenden Altersgruppe (15,8 %).

4 Erwerbsbeteiligung³⁾

4.1 Erwerbsquoten

Die Erwerbsquote dient als Indikator für die Erwerbsneigung. Sie wird üblicherweise als Anteil der Erwerbstätigen und Erwerbslosen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter berechnet. Schülerinnen und Schüler sowie Studierende, die eine Nebentätigkeit ausüben, zählen dabei als Erwerbstätige. Ein Vergleich der neuen Zuwanderergruppen mit früheren würde aufgrund der hohen Bildungsbeteiligung der neuen Zuwanderungsgruppen nur wenig aus-

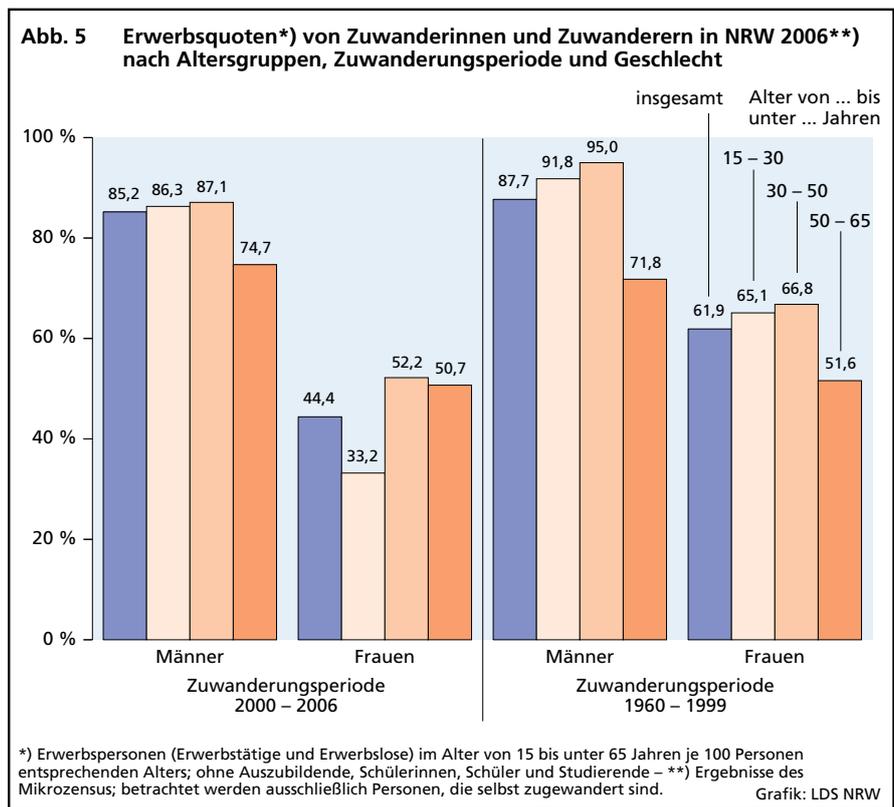
3) Vgl. hierzu Seifert 2006.

sagekräftig sein bzw. ein falsches Bild vermitteln. Um dies zu vermeiden, wird die Erwerbsbeteiligung im Folgenden nur auf diejenigen bezogen, die nicht mehr in schulischer und beruflicher Ausbildung sind und auch keine Universität mehr besuchen.

Insgesamt zeigen sich bei Männern nur geringe Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung nach dem Zuwanderungszeitpunkt. 85,2 % der neu zugewanderten Männer, die nicht in Ausbildung sind, zählen zu den Erwerbspersonen. Dieser Wert liegt geringfügig niedriger als bei früher zugewanderten Männern (87,7 %).

Bei den Frauen zeigen sich hingegen deutliche Unterschiede, wobei die Erwerbsbeteiligung der neu Zugewanderten deutlich niedriger ausfällt als bei den vor 2000 zugewanderten Gruppen. Von den neu zugewanderten Frauen zählen 44,4 % zu den Erwerbspersonen, während es bei den vor 2000 zugewanderten 61,9 % sind.

Diese Unterschiede können zum Teil auf Alterseffekten beruhen. Deswegen wird im Folgenden die Erwerbsbeteiligung derer, die nicht mehr in Ausbildung sind, differenziert nach dem Alter dargestellt. Werden zunächst die Männer betrachtet, zeigen sich bei den 50- bis unter 65-jährigen geringe Unterschiede in der Erwerbsquote. Sie lag bei den neu zugewanderten Männern mit 74,7 % etwas höher als bei den vor 2000 zugewanderten (71,8 %). Bei den an-

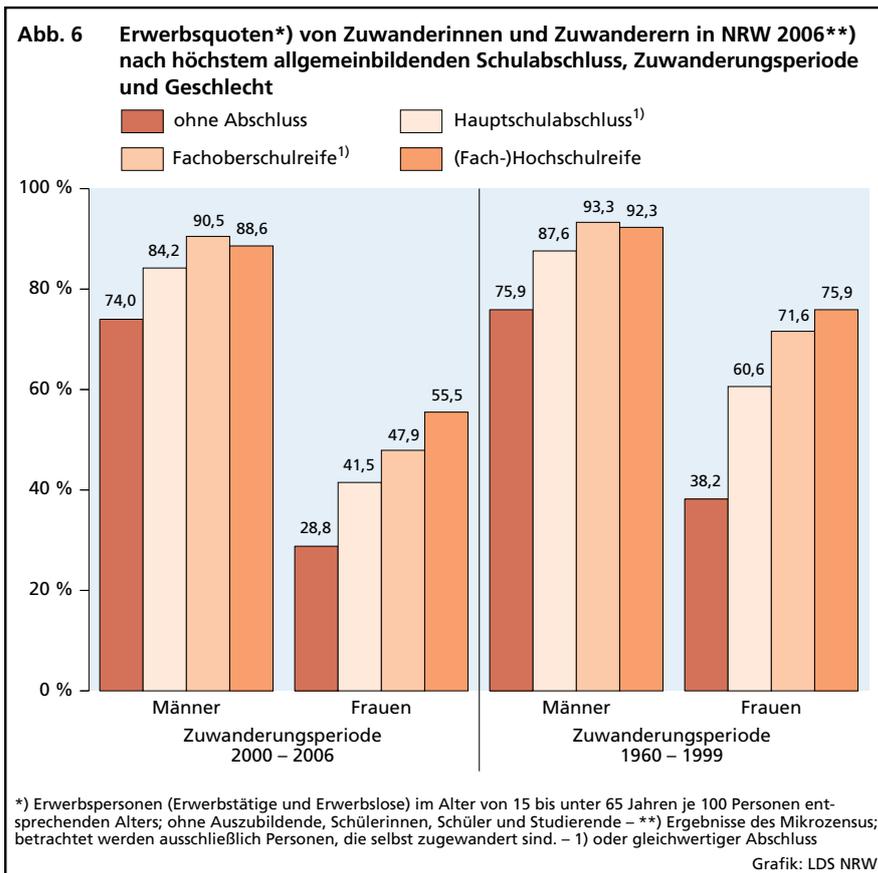


deren Altersgruppen zeigt sich bei den neu zugewanderten Männern eine niedrigere Erwerbsbeteiligung. Von den 30- bis unter 50-jährigen neu zugewanderten Männern zählen zwar 87,1 % zu den Erwerbspersonen, bei den vor 2000 zugewanderten sind es jedoch 95,0 %. Bei den 15- bis unter 30-Jährigen fallen die Unterschiede etwas geringer aus. Hier sind 86,3 % der neu zugewanderten Männer Erwerbspersonen, bei den vor 2000 zugewanderten sind es 91,8 %.

Für Frauen gilt ebenfalls, dass es kaum Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung bei den 50- bis unter 65-Jährigen gibt. Neu zugewanderte Frauen weisen in dieser Altersgruppe mit 50,7 % eine etwa gleich hohe Erwerbsquote auf wie Frauen im Alter von 30 bis unter 50 Jahren. Bei den vor dem Jahr 2000 zugewanderten Frauen ist die Erwerbsquote bei den 50- bis unter 65-Jährigen mit 51,6 % die niedrigste im Vergleich zu den anderen Altersgruppen. Von den 30- bis unter 50-jährigen Frauen sind 52,2 % der neu Zugewanderten Erwerbspersonen, bei den vor dem Jahr 2000 Zugewanderten sind es 66,8 %. Die niedrigste Erwerbsquote bei den neu zugewanderten Frauen weisen die 15- bis unter 30-jährigen Frauen auf. Von ihnen sind lediglich 33,2 % Erwerbspersonen, bei den vor 2000 zugewanderten liegt dieser Wert mit 65,1 % nahezu doppelt so hoch.

Zum Teil können diese Unterschiede auch durch ein unterschiedliches Qualifikationsniveau begründet sein. Dieser Fragestellung wird im Folgenden nachgegangen. Bezogen auf Männer zeigt sich, dass die Erwerbsquote bei den neu Zugewanderten bei allen Bildungsgruppen niedriger ausfällt als bei den vor dem Jahr 2000 Zugewanderten, wobei neu zugewanderte Männer ohne allgemeinbildenden Abschluss die niedrigste Erwerbsbeteiligung aufweisen.

Bei den Frauen sind die Unterschiede nach dem Bildungsabschluss wesentlich größer. Am niedrigsten ist die Erwerbsbeteiligung bei den Frauen



ohne allgemeinbildenden Abschluss, von denen lediglich 28,8 % zu den Erwerbspersonen zählen. Gleichzeitig fällt hier der Unterschied zu den früher zugewanderten Frauen, von denen 38,2 % erwerbstätig sind, noch am geringsten aus. Mit höherem Bildungsgrad steigt die Erwerbsquote jeweils an, allerdings gilt dies für neu zugewanderte Frauen in geringerem Maße als für die bereits vor 2000 zugewanderten Frauen. Von den neu zugewanderten Frauen mit (Fach-)Hochschulreife sind 55,5 % Erwerbspersonen, während es bei den vor 2000 zugewanderten Frauen 75,9 % sind.

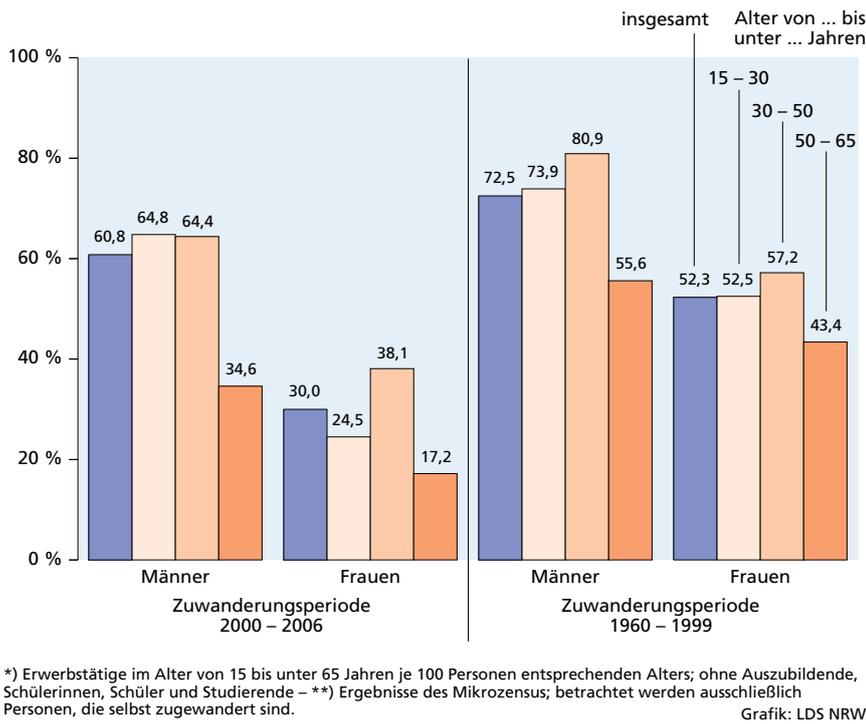
4.2 Erwerbstätigenquoten

Die Erwerbstätigenquote gibt den Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) wieder. Aus den oben genannten Gründen wird auch die Erwerbstätigenquote nur auf Personen bezogen, die nicht mehr in schulischer bzw. beruflicher Ausbildung sind und keine Hochschule mehr besuchen. Bei der Erwerbstätigenquote zeigen sich bei

Männern Unterschiede nach dem Zugangszeitpunkt. Von den neu zugewanderten Männern sind 60,8 % erwerbstätig, bei den vor 2000 zugewanderten sind es 72,5 %. Bei den Frauen sind die Unterschiede noch deutlicher. Lediglich 30,0 % der neu zugewanderten Frauen sind erwerbstätig. Bei den vor 2000 zugewanderten Frauen sind es 52,3 %.

Differenziert nach dem Alter zeigt sich bei den neu zugewanderten Männern in allen Altersgruppen eine niedrigere Erwerbstätigenquote als bei den bereits früher zugewanderten. Im Haupterwerbsalter zwischen 30 bis unter 50 Jahren sind weniger als zwei Drittel (64,4 %) der neu zugewanderten Männer erwerbstätig, bei den vor 2000 zugewanderten sind es 80,9 %. Bei den 50- bis unter 65-jährigen Männern sind nur noch 34,6 % der neu Zugewanderten erwerbstätig, während es bei den vor 2000 Zugewanderten 55,6 % sind. Bei den 15- bis unter 30-jährigen Männern fallen die Unterschiede geringer aus: 64,8 % der neu Zugewanderten sind erwerbstätig, bei den vor 2000 Zugewanderten dieser Altersgruppe sind es 73,9 %.

Abb. 7 Erwerbstätigenquoten*) von Zuwanderinnen und Zuwanderern in NRW 2006) nach Altersgruppen, Zuwanderungsperiode und Geschlecht**



Bei den Frauen sind die Unterschiede noch deutlich stärker ausgeprägt. Von den 15- bis unter 30-jährigen neu zugewanderten Frauen sind lediglich 24,5 % erwerbstätig, bei den vor 2000 zugewanderten liegt dieser Wert mit 52,5 % mehr als doppelt so hoch. Im Alter von 30 bis unter 50 Jahren sind 38,1 % der neu zugewanderten Frauen erwerbstätig, bei den früher zugewanderten sind es 57,2 %. In der Altersgruppe der 50-bis unter 65-Jährigen sind nur noch 17,2 % der neu zugewanderten, aber 43,4 % der vor 2000 zugewanderten Frauen erwerbstätig.

Auch nach den Bildungsabschlüssen variiert die Erwerbstätigenquote erheblich. Generell gilt (abgesehen von den vor 2000 zugewanderten Männern), dass je höher der Bildungsgrad ist, desto höher auch die Erwerbstätigenquote, aber zwischen den Zuwanderergruppen zeigen sich dabei deutliche Niveauunterschiede.

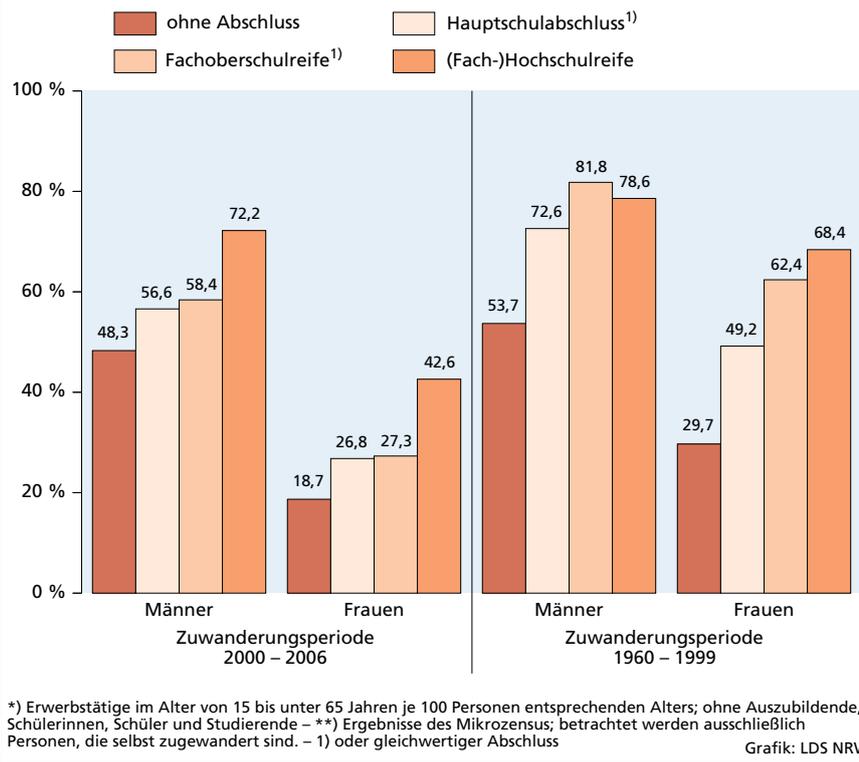
Vergleichsweise gering sind die Unterschiede bei Männern ohne allgemeinbildenden Abschluss: 48,3 % der neu Zugewanderten und 53,7 % der vor 2000 Zugewanderten sind hier erwerbstätig. Von den Män-

nern mit Hauptschulabschluss sind 56,6 % der neu Zugewanderten erwerbstätig, bei den vor 2000 Zugewanderten ist es mit 72,6 % ein deutlich höherer Anteil. Noch klarer sind die Unterschiede bei der Grup-

pe mit Fachoberschulreife. Die Erwerbstätigenquote der neu zugewanderten Männer liegt bei 58,4 %, die der vor 2000 zugewanderten bei 81,8 %. Deutlich geringer sind dagegen die Unterschiede bei der Gruppe mit (Fach-)Hochschulreife. Hier sind 72,2 % der neu zugewanderten und 78,6 % der vor 2000 zugewanderten Männer erwerbstätig.

Bei den Frauen fällt auf, dass die Erwerbstätigenquote der neu zugewanderten Frauen mit höherer Bildung zunächst in geringerem Maße steigt als bei den Frauen, die vor dem Jahr 2000 zugewandert sind. Von den neu zugewanderten Frauen ohne allgemeinbildenden Abschluss sind lediglich 18,7 % erwerbstätig, bei den Frauen mit Hauptschulabschluss sind es 26,8 % und bei Frauen mit Fachoberschulreife mit 27,3 % nur wenig mehr. Bei der entsprechenden Gruppe der vor dem Jahr 2000 zugewanderten Frauen sind 62,4 % erwerbstätig. Eine höhere Erwerbstätigenquote zeigt sich bei den neu zugewanderten Frauen lediglich bei der Gruppe mit (Fach-)Hochschulreife, von denen 42,6 % erwerbstätig sind.

Abb. 8 Erwerbstätigenquoten*) von Zuwanderinnen und Zuwanderern in NRW 2006) nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss, Zuwanderungsperiode und Geschlecht**



4.3 Erwerbslosenquoten

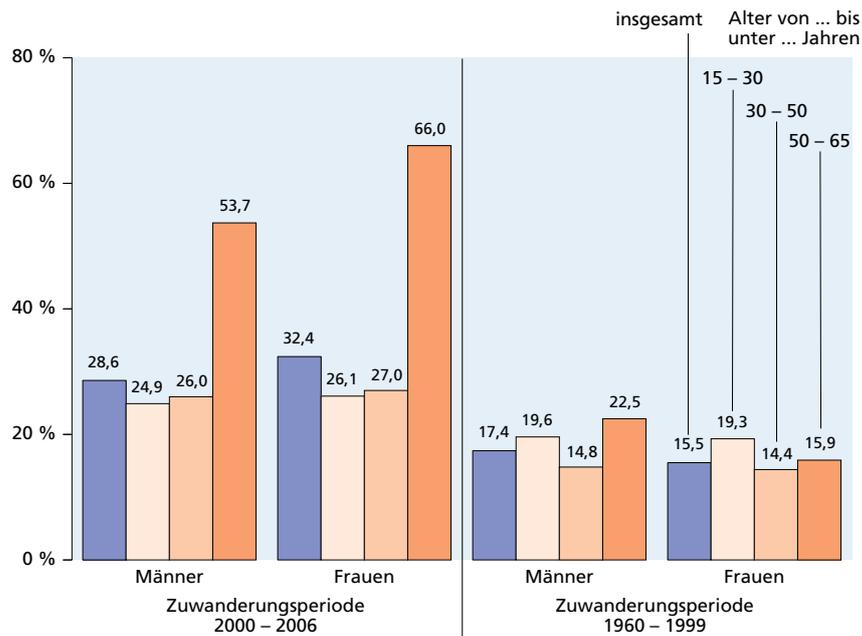
Die Erwerbslosenquote gibt den Anteil der Erwerbslosen an der Zahl der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) wieder. Auch hier beziehen sich alle Angaben ausschließlich auf Personen, die nicht mehr in Ausbildung sind.

Zuwanderinnen und Zuwanderer sind in besonders hohem Maße von Erwerbslosigkeit betroffen. Dies gilt jedoch für neue Zuwanderergruppen weitaus stärker. Von den vor dem Jahr 2000 zugewanderten Männern sind 17,4 % erwerbslos, bei den neu Zugewanderten sind es 28,6 %. Von den neu zugewanderten Frauen ist nahezu ein Drittel erwerbslos (32,4 %) und somit sogar ein höherer Anteil als bei den neu zugewanderten Männern. Frauen, die vor dem Jahr 2000 zugewandert sind, weisen mit 15,5 % dagegen eine niedrigere Erwerbslosenquote auf als die entsprechende Gruppe der Männer.

Differenziert nach Altersgruppen zeigt sich insbesondere bei älteren Neuzuwanderern eine erhebliche Betroffenheit von Erwerbslosigkeit. Die Erwerbslosenquote der 50- bis unter 65-jährigen neu zugewanderten Männer liegt bei 53,7 %, während sie bei den vor dem Jahr 2000 zugewanderten mit 22,5 % weniger als halb so hoch ist. Auch bei den 15- bis unter 30-Jährigen ist die Erwerbslosenquote bei den neu zugewanderten Männern mit 24,9 % sehr hoch. Hier zeigt sich jedoch auch bei den vor dem Jahr 2000 zugewanderten Männern mit 19,6 % eine hohe Erwerbslosenquote. Am seltensten sind die 30- bis unter 50-Jährigen erwerbslos, die vor dem Jahr 2000 zugewandert sind. Die Erwerbslosenquote der vor 2000 zugewanderten Männer liegt bei 14,8 %, während gut ein Viertel der neu zugewanderten Männer dieser Altersgruppe erwerbslos sind (26,0 %).

Bei den neu zugewanderten Frauen liegt die Erwerbslosenquote der 50- bis unter 65-jährigen Frauen über der der Männer. Von den weiblichen neu zugewanderten Erwerbspersonen sind zwei Drittel erwerbslos. Bei den vor dem Jahr 2000 zugewanderten Frauen liegt die Erwerbslosenquote dagegen nur bei 15,9 % und somit unter der entsprechenden Gruppe der Männer. Wesentlich

Abb. 9 Erwerbslosenquoten*) von Zuwanderinnen und Zuwanderern in NRW 2006**) nach Altersgruppen, Zuwanderungsperiode und Geschlecht

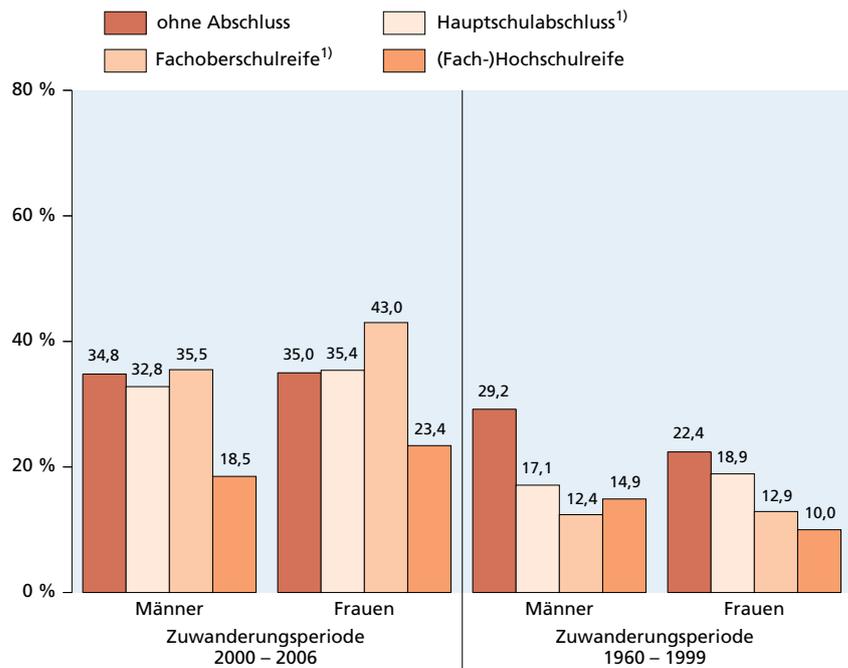


*) Erwerbslose im Alter von 15 bis unter 65 Jahren je 100 Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) entsprechenden Alters; ohne Auszubildende, Schülerinnen, Schüler und Studierende - **) Ergebnisse des Mikrozensus; betrachtet werden ausschließlich Personen, die selbst zugewandert sind. Grafik: LDS NRW

nen sind zwei Drittel erwerbslos. Bei den vor dem Jahr 2000 zugewanderten Frauen liegt die Erwerbslosenquote dagegen nur bei 15,9 % und somit unter der entsprechenden Gruppe der Männer. Wesentlich

niedriger ist die Erwerbslosenquote der 30- bis 50-jährigen Frauen – 27,0 % bei den neu zugewanderten bzw. 14,4 % bei den vor 2000 zugewanderten Frauen. Letztere weisen eine geringere Erwerbslosenquote

Abb. 10 Erwerbslosenquoten*) von Zuwanderinnen und Zuwanderern in NRW 2006**) nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss, Zuwanderungsperiode und Geschlecht



*) Erwerbslose im Alter von 15 bis unter 65 Jahren je 100 Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) entsprechenden Alters; ohne Auszubildende, Schülerinnen, Schüler und Studierende - **) Ergebnisse des Mikrozensus; betrachtet werden ausschließlich Personen, die selbst zugewandert sind. - 1) oder gleichwertiger Abschluss Grafik: LDS NRW

auf als die entsprechende Gruppe von Männern. Bei den Jüngeren liegt die Erwerbslosenquote der neu zugewanderten Frauen bei 26,1 %, im Vergleich zu 19,3 % der Frauen, die vor 2000 zugewandert sind.

Differenziert nach Bildung (s. Abb. 10) zeigen sich bei neu zugewanderten Männern kaum Unterschiede bei den Gruppen ohne Abschluss, Hauptschulabschluss und Fachoberschulreife. Die Erwerbslosenquote liegt jeweils bei über 30 %. Lediglich neu zugewanderte Männer mit (Fach-)Hochschulreife weisen mit 18,5 % eine niedrigere Erwerbslosenquote auf. Diese liegt jedoch noch immer über der Erwerbslosenquote der vor 2000 zugewanderten Männer (14,9 %) mit gleicher Bildung.

Auch für neu zugewanderte Frauen gilt, dass sie weitaus häufiger erwerbslos sind als Frauen, die vor 2000 zugewandert sind. Besonders hoch ist die Erwerbslosenquote bei Frauen mit Fachoberschulreife, 43,0 % sind erwerbslos, bei den vor dem Jahr 2000 zugewanderten Frauen dieser Bildungsgruppe sind es lediglich 12,9 %. Von den neu zugewanderten Frauen mit (Fach-)Hochschulreife sind knapp ein Viertel (23,4 %) erwerbslos, gegenüber nur 10 % bei den vor dem Jahr 2000 zugewanderten Frauen mit diesem Abschluss. Bei den neu zugewanderten Frauen lag die Erwerbslosenquote auf allen Bildungstufen jeweils höher als bei den Männern.

5 Stellung im Beruf

Im Folgenden wird gezeigt, welche berufliche Stellung neue Zuwanderergruppen einnehmen. Neu zugewanderte Männer sind wesentlich öfter als Angestellte tätig als früher Zugewanderte. Während 44,4 % der neu zugewanderten Männer als Angestellte tätig sind, sind es 28,3 % der vor dem Jahr 2000 zugewanderten. Entsprechend seltener sind sie in Arbeiterberufen tätig. 43,7 % der neu zugewanderten Männer üben einen Arbeiterberuf aus, von den vor dem Jahr 2000 zugewanderten sind es 60,0 %. Bei den Frauen zeigen

4. Zuwanderinnen und Zuwanderer in NRW 2006**) nach der Stellung im Beruf, Zuwanderungsperiode, Geschlecht und Altersgruppen

Geschlecht Altersgruppe	Stellung im Beruf ¹⁾			
	Selbstständige ²⁾	Beamtinnen und Beamte	Angestellte	Arbeiterinnen und Arbeiter
%				
Zuwanderungszeitraum 2000 – 2006				
Männer	10,4	1,5	44,4	43,7
davon im Alter von ... bis unter ... Jahren				
15 – 30	7,9	0,5	46,4	45,3
30 – 50	13,2	2,4	43,8	40,7
50 – 65	6,8	2,0	34,3	56,9
Frauen	8,1	1,3	48,1	42,5
davon im Alter von ... bis unter ... Jahren				
15 – 30	4,2	–	54,3	41,4
30 – 50	10,8	2,3	45,5	41,4
50 – 65	6,9	–	36,2	56,9
Zuwanderungszeitraum 1960 – 1999				
Männer	11,0	0,8	28,3	60,0
davon im Alter von ... bis unter ... Jahren				
15 – 30	5,1	1,4	33,8	59,8
30 – 50	12,4	0,6	28,5	58,4
50 – 65	10,3	0,8	24,0	64,8
Frauen	7,2	0,8	50,4	41,6
davon im Alter von ... bis unter ... Jahren				
15 – 30	3,5	0,5	72,4	23,6
30 – 50	7,6	1,0	49,4	42,0
50 – 65	8,7	0,4	39,3	51,5

*) Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren – **) Ergebnisse des Mikrozensus; betrachtet werden ausschließlich Personen, die selbst zugewandert sind. – 1) ohne Auszubildende, Grundwehrdienst-/Zivildienstleistende, Schüler/-innen, Zeit- und Berufssoldat(inn)en – 2) einschl. mithelfender Familienangehöriger

sich hingegen kaum Unterschiede zwischen neu und früher Zugewanderten. Jeweils rund die Hälfte ist als Angestellte tätig.

Wird zusätzlich nach dem Alter differenziert, so zeigt sich, dass bei beiden Zuwanderungsgruppen jeweils Jüngere häufiger als Angestellte und seltener als Arbeiterinnen und Arbeiter tätig sind. Bei Frauen und Männern zeigen sich jedoch unterschiedliche Verteilungen. Bei den 15- bis unter 30-jährigen Männern sind die neu Zugewanderten mit einem Anteil von 46,4 % deutlich häufiger als Angestellte tätig als die vor dem Jahr 2000 Zugewanderten (33,8 %). Bei den Frauen dieser Altersgruppe ist es umgekehrt: 54,3 % der neu zugewanderten Frauen sind als Angestellte tätig während es bei den vor dem Jahr 2000 zugewanderten 72,4 % sind. Bei den 50- bis unter 65-jährigen Frauen ist der Anteil der Angestellten deutlich niedriger: 36,2 % der neu Zugewanderten und 39,3 % der vor 2000 Zugewanderten sind als Angestellte tätig. Bei den

Männern sind es 34,3 % bzw. 24,0 %. Die vor 2000 zugewanderten Männer dieser Altersgruppe sind mit einem Anteil von 10,3 % deutlich häufiger als neu zugewanderte Männer (6,8 %) als Selbstständige tätig.

Differenziert nach dem Bildungsgrad fällt bei neu zugewanderten Männern ohne allgemeinbildenden Abschluss der mit 49,5 % vergleichsweise niedrige Arbeiteranteil auf. Ansonsten gilt: Je höher der Bildungsabschluss, desto niedriger ist der Arbeiteranteil. Abgesehen von Männern mit Fachoberschulreife, bei denen beide Gruppen einen ungefähr gleich großen Arbeiteranteil aufweisen, ist der Arbeiteranteil bei neu zugewanderten Männern kleiner. In Bezug auf Selbstständige fällt auf, dass der Selbstständigenanteil bei den vor dem Jahr 2000 zugewanderten Männern mit (Fach-)Hochschulreife sehr hoch ist. Mehr als jeder Fünfte dieser Gruppe ist als Selbstständiger tätig. Bei den neu zugewanderten Männern dieser Bildungsgruppe liegt dieser Wert lediglich bei 10,4 %.

Auch für Frauen gilt, dass neu Zugewanderte ohne allgemeinbildenden Abschluss zu einem vergleichsweise niedrigen Anteil als Arbeiterinnen tätig sind (59,4 %). Bei Frauen mit Hauptschulabschluss liegt der Anteil der Arbeiterinnen mit 66,4 % nicht nur höher als bei der Gruppe ohne allgemeinbildenden Abschluss, sondern auch deutlich über dem von Frauen, die vor dem Jahr 2000 zugewandert sind (59,0 %). Sehr deutlich sind die Unterschiede auch bei Frauen mit Fachoberschulreife. Hier liegt der Arbeiterinnenanteil bei neu zugewanderten Frauen mit 52,0 % deutlich über dem der vor dem Jahr 2000 zugewanderten (32,3 %). Bei den Frauen mit (Fach-)Hochschulreife sind 22,0 % der neu zugewanderten Frauen als Arbeiterinnen tätig, bei den vor dem Jahr 2000 zugewanderten sind es 16,2 %. Frauen treten den Weg in die Selbstständigkeit jeweils seltener an als Männer.

6 Schlusswort

Die neuen Zuwanderinnen und Zuwanderer, die seit dem Jahr 2006 nach Nordrhein-Westfalen gekommen sind, unterscheiden sich zum Teil deutlich von früheren Zuwanderungskohorten. Neu Zugewanderte sind jung – dies ist ein wichtiger Faktor im demografischen Wandel. Während Zuwanderung früher deutlich männlich geprägt war, überwiegt der Frauenanteil bei den neu Zugewanderten.

Ein zentrales Merkmal neuer Zuwanderinnen und Zuwanderer ist deren hohe Bildungsbeteiligung. 19,7 % der neu Zugewanderten im erwerbsfähigen Alter kommen nach NRW, um ein Studium aufzunehmen oder sich auf andere Weise schulisch oder beruflich weiterzubilden. Da bereits jetzt in vielen Bereichen ein Mangel an Fachkräften besteht und sich die-

ser voraussichtlich noch verschärfen wird, müssten eigentlich die Gruppen, die in NRW ausgebildet wurden, gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben.

Dennoch zeichnen sich für den Teil der neuen Zuwanderer, die nicht mehr in Ausbildung sind, erhebliche Arbeitsmarktprobleme ab. Die Erwerbslosenquote liegt deutlich über dem Landesniveau. Insbesondere für die kleinere Gruppe älterer Zuwanderinnen und Zuwanderer stellt sich die Arbeitsmarktlage extrem ungünstig dar. Für diejenigen der neu Zugewanderten, die über die (Fach-)Hochschulreife verfügen, stellt sich die Arbeitsmarktlage zwar günstiger dar als für weniger gut Gebildete, dennoch liegt auch ihre Erwerbslosenquote noch deutlich über dem Landesniveau insgesamt. Der vergleichsweise hohe Arbeiter(innen)anteil auf allen Qualifikationsstufen deutet darauf hin, dass neu Zugewanderte vielfach nicht entsprechend ihrer Qualifikation beschäftigt sind. Allerdings muss beachtet werden, dass sich neu Zugewanderte eben erst kurze Zeit in NRW aufhalten und zusätzlich aufgrund des überwiegend jungen Alters entsprechend auch erst wenig Zeit hatten, sich auf dem Arbeitsmarkt zu etablieren.

7 Literatur

Bellenberg, Gabriele; Hovestadt, Gertrud; Klemm, Klaus (2004): Selektivität und Durchlässigkeit im allgemein bildenden Schulsystem. Rechtliche Regelungen und Daten unter besonderer Berücksichtigung der Gleichwertigkeit von Abschlüssen. Essen: Universität Duisburg-Essen.

Herwartz-Emden, Leonie (2003): Einwandererkinder im deutschen Bildungswesen. In: Cortina, Kai; Baumert, Jürgen; Leschinsky, Achim; Mayer, Karl Ulrich; Trommer, Luitgard (Hrsg.): Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland. Strukturen und Entwicklungen im Überblick. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, S. 661 – 709

5. Zuwanderinnen und Zuwanderer in NRW 2006*)**) nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss, Zuwanderungsperiode, Geschlecht und Stellung im Beruf				
Geschlecht Stellung im Beruf ¹⁾	Höchster allgemeinbildender Schulabschluss			
	ohne Abschluss	Hauptschulabschluss ²⁾	Fachoberschulreife ²⁾	(Fach-)Hochschulreife
	%			
Zuwanderungszeitraum 2000 – 2006				
Männer	100	100	100	100
davon				
Selbstständige ³⁾	9,1	12,0	5,2	10,4
Beamte	1,9	–	2,1	2,2
Angestellte	39,5	22,1	30,5	65,6
Arbeiter	49,5	65,8	62,2	21,7
Frauen	100	100	100	100
davon				
Selbstständige ³⁾	7,2	10,7	3,7	8,3
Beamtinnen	–	–	5,2	1,0
Angestellte	33,3	22,9	39,1	68,7
Arbeiterinnen	59,4	66,4	52,0	22,0
Zuwanderungszeitraum 1960 – 1999				
Männer	100	100	100	100
davon				
Selbstständige ³⁾	8,0	7,2	8,4	21,4
Beamte	0,5	0,2	1,3	1,7
Angestellte	14,1	18,6	28,2	53,0
Arbeiter	77,4	74,0	62,1	24,0
Frauen	100	100	100	100
davon				
Selbstständige ³⁾	5,5	5,5	5,1	11,4
Beamtinnen	–	–	0,4	2,1
Angestellte	18,3	35,4	62,1	70,2
Arbeiterinnen	76,2	59,0	32,3	16,2

*) Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren – **) Ergebnisse des Mikrozensus; betrachtet werden ausschließlich Personen, die selbst zugewandert sind. – 1) ohne Auszubildende, Grundwehrdienst-/Zivildienstleistende, Schüler/-innen, Zeit- und Berufssoldat(inn)en – 2) oder gleichwertiger Abschluss – 3) einschl. mithelfender Familienangehöriger

Klemm, Klaus (2004): Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund im Spiegel der neueren Schulleistungsstudien. In: Yasemin Karakasoglu; Julian Lüddecke (Hrsg.), *Migrationsforschung und Interkulturelle Pädagogik*. Münster: Waxmann, S. 205 – 214.

Kristen, Cornelia (2004): Hauptschule, Realschule oder Gymnasium. Ethnische Unterschiede am ersten Bildungsübergang. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie*, 54, 3, S. 534 – 552.

Lander, Bettina; Seifert, Wolfgang (2006): *Bildungsreport NRW 2006*. Statistische Analysen und Studien,

Band 32. Düsseldorf: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik.

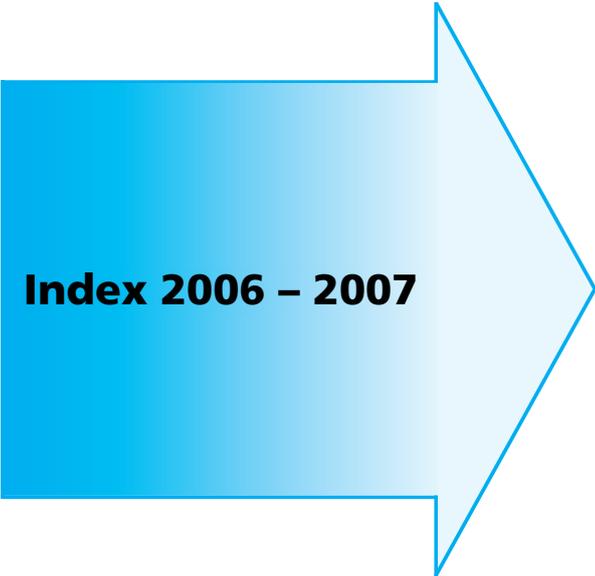
LDS NRW (2007): *Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen 2005*. Bevölkerungsstand, Bevölkerungsbewegung. Düsseldorf: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik.

Meier-Braun, Karl-Heinz (2005): Die (fast endlose) Geschichte vom Einwanderungsland Deutschland: Zur Ausländerpolitik des Bundes und des Landes Baden Württemberg. In: Karl-Heinz Meier-Braun; Reinhold Weber (Hrsg.), *Kulturelle Vielfalt. Baden-Württemberg als Einwanderungs-*

land. Stuttgart: Landeszentrale für politische Bildung, S. 65 – 99.

Seifert, Wolfgang (2000): *Geschlossene Grenzen – offene Gesellschaften? Migrations- und Integrationsprozesse in westlichen Industrienationen*. Frankfurt/New York: Campus.

Seifert, Wolfgang (2006): Die Arbeitsmarktintegration von jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund in Nordrhein-Westfalen. In: *Statistische Analysen und Studien*. Band 29, Düsseldorf: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik, S. 32 – 47.



Index 2006 – 2007

Ausgaben des Jahres 2007

- Band 48**
Z 08 1 2007 59
3,00 EUR
- LEBEN IN EUROPA 2005: Armutsgefährdung und Lebensbedingungen in NRW**
Diplom-Sozialwissenschaftlerin Karin Habenicht
- Neue Zuwanderergruppen in NRW
– sozialstrukturelle Merkmale und Arbeitsmarktintegration**
Dr. Wolfgang Seifert
- Band 47**
Z 08 1 2007 58
3,00 EUR
- Bildungsreport NRW 2007: Informationen zu ausgewählten Bildungsbereichen**
Bettina Lander M. A.
- Band 46**
Z 08 1 2007 57
3,50 EUR
- Cross-SIS: Zum Aufbau einer Web-GIS-Anwendung
für den Bereich Statistik auf europäischer Ebene**
Diplom-Soziologin Kerstin Schmidtke, MPH
- Methodeneffekte bei Online-Erhebungen:
Ergebnisse aus den laufenden Wirtschaftsberechnungen privater Haushalte**
Diplom-Soziologin Anke Gerhardt, Urszula Sikorski
- Band 45**
Z 08 1 2007 56
3,00 EUR
- Wertschöpfungskette im Wandel – von der Landwirtschaft zum Verbraucher**
Dr. Guido Recke
- Entwicklungstendenzen im Gemüseanbau**
Dr. Guido Recke
- Band 44**
Z 08 1 2007 55
3,00 EUR
- Auswirkungen der Revision 2005 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
auf die Indikatorenbildung in den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen der Länder**
Dr. Olivia Martone, Michael Hinz
- Schätzverfahren zur Bodenversiegelung: UGRdL-Ansatz**
Diplom-Geografin Britta Frie, Diplom-Volkswirt Ralph Hensel
- Band 43**
Z 08 1 2007 54
3,50 EUR
- Die Einkommenssituation der privaten Haushalte in den Gemeinden
Nordrhein-Westfalens**
Dr. Marco Scharmer
- Zusammenhang und Entwicklung von Wirtschaftswachstum, Investitionen
und Beschäftigung im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich
in Nordrhein-Westfalen**
PD Dr. Jörg-Peter Schröpfer
- Band 42**
Z 08 1 2007 53
2,50 EUR
- Modellierung von Szenarien zur zukünftigen Entwicklung der Bevölkerung
mit Migrationshintergrund in NRW**
Dr. Kerstin Ströker
- Auf dem Weg in das Berufsleben: Auszubildende im dualen Ausbildungssystem**
Bettina Lander M. A.
- Band 41**
Z 08 1 2007 52
2,50 EUR
- Gesundheit und Erwerbsbeteiligung**
Diplom-Statistikerin Maria Frese, Norbert Merschmann
- Aufwendungen und Investitionen
in Informations- und Kommunikationstechnologien 2004**
Heike Schrankel, Diplom-Statistiker Josef Schäfer
- Band 40**
Z 08 1 2007 51
2,50 EUR
- Materialeinsatz und Rohstoffverbrauch in Nordrhein-Westfalen**
Dr. Leontine von Kulmiz

Ausgaben des Jahres 2006

- Band 39**
Z 08 1 2006 63
2,50 EUR
- Gesundheit und Arztbesuche – Erste Ergebnisse aus EU-SILC – LEBEN IN EUROPA 2005**
Diplom-Sozialwissenschaftlerin Karin Habenicht
- Statistische Quellen mit Gesundheitsdaten für NRW**
Diplom-Volkswirt Hans-Jürgen Treeck

noch: **Ausgaben des Jahres 2006**

- Band 38**
Z 08 1 2006 62
8,50 EUR
**Auswirkungen des demografischen Wandels
Aktualisierte Ergebnisse der Modellrechnungen für die Bereiche Haushalte,
Erwerbspersonen und Pflegebedürftigkeit**
Diplom-Soziologin Kerstin Schmidtke, MPH; Diplom-Mathematiker Paul Berke
- Band 37**
Z 08 1 2006 61
2,50 EUR
Wie Ausländer und Deutsche Unternehmen in NRW gründen wollen
Diplom-Volkswirtin Doris Blechinger
Verbesserung der Ergebnisqualität bei der Fortschreibung des Bruttoinlandsprodukts
Dr. Marco Scharmer
- Band 36**
Z 08 1 2006 60
7,00 EUR
Auswirkungen des demografischen Wandels – Teil II
Diplom-Soziologin Kerstin Schmidtke, MPH; Diplom-Statistikerin Diana Andrä
- Band 35**
Z 08 1 2006 59
2,50 EUR
**Zur Möglichkeit der Regionalisierung privater Einkommen
auf die Gemeinden Nordrhein-Westfalens**
Dr. Marco Scharmer
**Einkommensverteilung und Armutsrisikoquoten im Bund-Länder-Vergleich
– Analysen mit dem Mikrozensus 2003**
Diplom-Sozialwissenschaftlerin Karin Habenicht, Diplom-Sozialwissenschaftler Alfred Hullmann, Yvonne Bergmann
- Band 34**
Z 08 1 2006 58
2,50 EUR
**Strukturinformationen zum Arbeitsmarkt 3. Quartal 2005
Erwerbsverhalten älterer Menschen**
Diplom-Sozialwissenschaftlerin Karin Habenicht
- Band 33**
Z 08 1 2006 57
2,50 EUR
Auswirkungen des demografischen Wandels – Kurzfassung – Teil II
Diplom-Soziologin Kerstin Schmidtke, MPH
- Band 32**
Z 08 1 2006 56
3,00 EUR
Bildungsreport NRW 2006: Informationen zu ausgewählten Bildungsbereichen
Bettina Lander M. A.
Die Arbeitsmarktintegration von jungen Erwachsenen 2004
Dr. Wolfgang Seifert
- Band 31**
Z 08 1 2006 55
3,00 EUR
**Vorausberechnung der Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Kreisen
Nordrhein-Westfalens 2005 bis 2025/2050**
Dr. Kerstin Ströker
- Band 30**
Z 08 1 2006 54
3,00 EUR
Bedeutung der Türkei für den Außenhandel des Landes Nordrhein-Westfalen
Diplom-Volkswirt Nils Radmacher-Nottelmann
- Band 29**
Z 08 1 2006 53
3,00 EUR
**Datenangebot und Datenzugang im Forschungsdatenzentrum
der Statistischen Landesämter**
Dr. Sylvia Zühlke, Diplom-Sozialwissenschaftlerin Helga Christians
**Das Studienkontenmodell an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen:
Auswirkungen auf die Studierendenzahlen**
Birgit Kempf, Anne Schopp, Anja Gehrcken
Nachfrage nach Dienstleistungen 2003
Heike Schrankel, Diplom-Statistikerin Katharina Götz
**Die Arbeitsmarktintegration von jungen Erwachsenen
mit Migrationshintergrund in NRW**
Dr. Wolfgang Seifert
- Band 28**
Z 08 1 2006 52
3,00 EUR
**Gründungen und Schließungen in Deutschland
– Ein Konzept zur demografischen Auswertung des Unternehmensregisters**
Diplom-Kauffrau Ingrid Kaack

noch: **Ausgaben des Jahres 2006**

Noch: **Band 28**
Z 08 1 2006 52
3,00 EUR

Strukturelle Entwicklung der Landwirtschaft von 1971 bis 2003
Diplom-Volkswirt Hartmut Kopmeier

Wirtschaftliche Aspekte der Studierenden 1996 und 2004
Lars Kuhlmeier, Dr. Wolfgang Seifert

Verwendung von Verwaltungsdaten für konjunkturstatistische Zwecke
Diplom-Kauffrau Ingrid Kaack

Personal und Finanzen der öffentlich bestimmten Fonds, Einrichtungen, Betriebe und Unternehmen (FEU) in privater Rechtsform im Jahr 2003
Diplom-Volkswirt Peter Emmerich

Band 27
Z 08 1 2006 51
3,00 EUR

Der Weg zu einem ersten registergestützten Zensus in Deutschland im Jahre 2011
Diplom-Volkswirt Helmut Eppmann, Diplom-Statistiker Josef Schäfer

Ergänzende Strukturmerkmale zur Erwerbstätigenrechnung – Unterscheidung nach „Vollzeit-“ und „Nicht-Vollzeiterwerbstätigen“
Diplom-Ingenieur Hans Menge, Miriam Sperl

Wirtschaftskraft und Wirtschaftsentwicklung in den kreisfreien Städten und Kreisen Nordrhein-Westfalens
Dr. Marco Scharmer

